

Deal or No Deal – elf Monate begleitete diese Frage die europäische und britische Politik. Denn klar ist: Wie die EU und das Vereinigte Königreich ihre Beziehungen nach dem offiziellen Ausscheiden der Briten am 31. Januar 2020 und dem Ende der Post-Brexit-Phase zum Jahresende gestalten werden, hat Auswirkungen nicht nur für Kontinental- und Inseuropa, sondern weit darüber hinaus. Geht es doch nicht allein um Fragen des gegenseitigen Marktzugangs, der Einhaltung erreichter Standards oder der Sicherung von Rechten der Bürger*innen, sondern auch um Großbritanniens Rolle im internationalen Geflecht von politischen, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Nicht zuletzt hat der Brexit Parteiengefüge und Innenpolitik des Vereinigten Königreichs selbst verändert – und wird dies weiter tun.



Inhalt

Was lange währt, wird nicht gut Johanna Bussemer	3
B-Day. Brüssel sagt Goodbye Andreas Thomsen	5
„Man kann das historisch Gewachsene nicht einfach über Bord werfen“ Helmut Scholz über die Verhandlungen zwischen EU und Vereinigtem Königreich	6
Brexit und Regionen: Die irische und die schottische Frage Florian Weis	8
Johnsons Strategie: Rechtsbruch Anna Cavazzini	10
Was bleibt? Johanna Bussemer	11
Love Corbyn – Hate Brexit Wiebke Beushausen	13
Deal oder kein Deal? Am Ende ist es Johnson egal Paul Mason	14
Traum und wirtschaftliche Realitäten Tsafrir Cohen	16
„Wir müssen den Mythos begraben, diese Abkommen wären für uns alle gut“ Nick Dearden über gefährdete Standards in Handelsabkommen, über Deregulierung und Liberalisierung	18
Menschenrechte beiseite geschoben Rivkah Brown	21
Brexit – und kein Ende Martin Schirdewan	23

Impressum

Info: Europa | Brexit

wird herausgegeben von der
common verlagsgenossenschaft e.G.,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
kontakt@common.berlin

Redaktion Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.),
Wiebke Beushausen, Johanna Bussemer

Layout Michael Pickardt

Alle Fotos Sebastian Wells/OSTKREUZ

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Info: Europa wird gefördert von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Mitteln
des Auswärtigen Amtes.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn diese Beilage erscheint, ist noch immer nicht klar, ob die elfmonatigen Verhandlungen nach dem offiziellen Ausscheiden Großbritanniens aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020 mit oder ohne Abkommen enden. Fakt ist zumindest, dass die Frist zur Aushandlung der künftigen Beziehungen am 31. Dezember dieses Jahres endet. Wobei: Der bisherige Prozess hat manche Überraschung bereithalten. Und auch diesmal existiert die Möglichkeit einer Verlängerung der Gespräche – als „technisch“ bezeichnet, um beide Seite das Gesicht wahren zu lassen angesichts der Tatsache, dass trotz hektischer Betriebsamkeit in den vergangenen Wochen kein ausverhandeltes Resultat auf dem Tisch liegt.

Ein Jahr dauern die Verhandlungen, in denen noch immer zentrale Fragen ungelöst sind. Ein Jahr, in dem der britische Premier Boris Johnson immer wieder mit Gesprächsabbruch gedroht und sogar bereits erzielte Vereinbarungen über den Haufen geworfen hatte. Ein Jahr, in dem von Brüssel stets darauf hingewiesen wurde, welche verheerende Folgen der Brexit vor allem für die Briten hat und dass die EU mit einem blauen Auge davonkommen würde.

So einfach ist es allerdings nicht. Es ist längst nicht klar, wer zum Schluss auf der Verliererseite stehen wird. Wahrscheinlich ist: beide Seiten. Denn die Beziehungen sind viel fester geknüpft, als manche das auf der Insel und dem Festland wahrhaben wollten. Insofern wäre eine tragfähige Vereinbarung notwendig. Ein Aspekt bliebe allerdings auch dann – und vermutlich aus gutem Grunde – unangesprochen: Warum die EU für die Mehrheit der Briten so unattraktiv ist, dass sie einem Boris Johnson beim Brexit folgen.

Mit der Frage, wie das künftige Verhältnis zwischen EU und Vereinigtem Königreich aussehen wird – ob nun mit Deal oder ohne –, haben sich Wissenschaftler*innen und Publizist*innen, Politiker*innen und viele andere beschäftigt. Auch damit, wie das „Leave“-Referendum am 23. Juni 2016 und der Brexit bereits jetzt Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik Großbritanniens, die Parteienlandschaft sowie die Beziehungen zu Kontinentaleuropa verändert haben. Fundierte Analysen, Einschätzungen und Kommentare zu all diesen Themenbereichen finden Sie in vorliegendem „Info Europa“.

Wie ein Pressespiegel dokumentieren die Texte die verschiedenen Etappen der Post-Brexit-Verhandlungen dieses Jahres und der Entwicklung im Vereinigten Königreich selbst. Sie berichten von Widersprüchen und Übereinstimmungen, von Annäherungen und neuen Zerwürfnissen, von zentralen Punkten und Essentials in den Gesprächen, von Forderungen und Erwartungen beider Seiten, von Haltungen politischer Parteien und Bewegungen. Und nicht zuletzt davon, welche Positionen linke und andere progressive Kräfte in dem Prozess einnehmen.

Uwe Sattler

Uwe Sattler ist Herausgeber der Europaplattform „die-zukunft.eu“. Der Journalist gehört zudem der Redaktionsleitung der Tageszeitung „nd“ an.



Was lange währt, wird nicht gut

Der Brexit wird noch lange Thema bleiben. **Von Johanna Bussemer**

Mit seiner jüngsten Ankündigung, die britischen Fischgründe im Zweifelsfall mit Hilfe der Royal Navy vor EU-Fischern zu schützen, schaffte es der britische Premierminister Boris Johnson am 12. Dezember, einen erneuten Höhepunkt in der fortwährenden Abwärtsspirale des nun schon dreieinhalb Jahre währenden Brexit-Dramas zu setzen.

Ein im Zweifelsfall militärisch geführter Krieg um Ressourcen – absurderweise um friedliche Fische, würde man doch denken, diese Kämpfe des 21. Jahrhunderts drehten sich um künstliche Intelligenz, seltene Erden oder Sand – zerstört dann das größte Projekt der europäischen Nachkriegsgeschichte. Ob sich Johnson zu dieser neuesten Eskalationsstrategie beim gemeinsamen Steinbutt-Essen mit Ursula von der Leyen Anfang Dezember in Brüssel hat hinreißen lassen, ist unklar. Allerdings

zeichnete sich bereits nach jenem Fisch-Gipfel ab, dass auch der erhöhte diplomatische Druck am Ende der Übergangsphase wohl eher kein Abkommen zwischen der EU und Großbritannien hervorbringen würde. Dass zwei Verhandlungspartner, die eigentlich sehr erwachsen und vernünftig sein sollten, mit diesem Ergebnis aus dreieinhalb Jahren Ringen um die Trennung voneinander scheiden, muss uns sorgenvoll stimmen. Dabei geht es nicht allein um den Brexit selbst. Das Für und Wider der Bestrebungen nach mehr nationalstaatlicher Souveränität bei den gleichzeitig offensichtlichen Mängeln der Europäischen Union wird nicht nur unter den Konservativen Europas, sondern auch gern in der europäischen Linken diskutiert. Vielmehr zeigt das zähe Ringen ohne Ergebnis zum einen das Unvermögen der zahlreichen Diplomatinen und Diplomaten ►



- ▶ auf allen Seiten, dem Versuch des Machterhalts über gezielte Planlosigkeit etwas entgegen zu setzen. Zum anderen siegen endgültig die eher eigennützigen Argumente der Briten über die ursprünglich solidarisch gemeinten Werte der Europäischen Union. Und das in einer Zeit, in der der zweite Höhepunkt der Pandemie anderes lehren sollte.

Niemand weiß genau, wie die Scheidung nun genau vollzogen wird, und was das für beide Seiten, die EU und Großbritannien, nun wirklich ab kommenden Jahr bedeutet. Während eine Weile lang das Gerücht von Versorgungsempässen die Runde machte, gingen andere davon aus, dass man auf der Insel die Folgen des endgültigen Austritts nicht einmal bemerken werde. Der LINKE Europa-Abgeordnete Martin Schirdewan, der der Brexit-Koordinierungsgruppe im Europaparlament angehört, geht zumindest davon aus, dass die Folgen für die britische Wirtschaft härter sein könnten als für die der EU-Staaten. Schirdewan plädiert auch eher dafür, den Austritt ohne ein Abkommen, einen „No-Deal-Austritt“, jetzt hinzunehmen, statt auf Biegen und Brechen ein schlechtes Abkommen zu eringen, was die EU dann akzeptieren muss.

Bis zu Johnsons Säbelrasseln um die Fischereigründe zeichneten sich drei Szenarien ab, die der Großbritannien-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, Nicolai von Oderza, folgendermaßen skizziert:

Freundlicher „No Deal“: London und Brüssel halten die Brexit-Folgen mit gutem Willen und Entgegenkommen für die andere Seite so weit wie möglich in Grenzen, verhandeln weiter und erreichen im Laufe des nächsten Jahres ein umfassendes Handelsabkommen.

Erwachsener „No Deal“: Auf tagelange Staus in Kent und Dover, hohe Kosten für Unternehmen mit britisch-europäischen Lieferketten und Versorgungsempässe folgen neue Verhandlungen und ein Abkommen.

Eskalierender „No Deal“: Johnson verweigert sich weiteren Verhandlungen und schiebt die Schuld für alle negativen Folgen auf die EU. Es könnten Drohungen aus London folgen, bereits eingegangene andauernde Verpflichtungen für den EU-Haushalt nicht zu erfüllen. Druck auf einzelne EU-Staaten wird ausgeübt, etwa durch Sperrung britischer Gewässer für französische Fischerboote.

Abgesehen davon, dass sich eher abzeichnet, dass das letzte, eskalierende Szenario nun vermutlich greifen wird und damit auch die Möglichkeit für die z.B. von Schirdewan eingeforderten nachfolgenden Verhandlungen immer geringer wird, sind zahlreiche wichtige Themen schon lange aus dem Blickfeld der Debatten geraten und eine ausschließliche Fokussierung auf den Handel erfolgt.

Dies liegt auch an der Zerrissenheit linker, liberaler und sozialdemokratischer Kräfte, sowohl auf der Insel als auch auf dem Kontinent. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Labour-Partei ohne den Brexit die Möglichkeit gehabt hätte, bei einer der Wahlen der letzten Jahre die Macht im Vereinigten Königreich wieder zu übernehmen und dabei nebenher noch die größte

linke Partei in Europa zu werden. Stattdessen sind die Risse innerhalb der Labour-Partei heute weniger gradlinig als zuvor. Sie spaltet sich nicht mehr nur zwischen Sozialdemokraten und Linken, sondern auch über ihre Differenzen in der Brexit-Frage und entlang vieler damit verknüpfter Themen – und so auch ihre Kernwählerschaft. Der neue Labour-Vorsitzende Keir Starmer kann, anders als sein Amtsvorgänger Jeremy Corbyn, nicht auf die Unterstützung der außerparlamentarischen Bewegungen rechnen.

Wichtig bleibt auch die Frage, wie sich die politischen Kräfte in und außerhalb von Parlament und Regierung nun zu den drängenden Fragen des Klimawandels, der Migrationspolitik und zu Arbeits- und Sozialstandards verständigen können. Denn das Vereinigte Königreich ist nicht nur durch massenhafte Arbeitsmigration in allen Berufssparten mit der EU verknüpft.

Mit dem Konzept des Green New Deal ist in Großbritannien und den USA eine der bisher aussichtsreichen und populärsten Ideen für eine rasche Handlungsoption zum Stopp der Erderwärmung entstanden. Dieses im letzten Labour-Wahlprogramm verankerte und von Parteien und Gewerkschaften sowie Bewegungen gleichermaßen getragene Konzept kann und sollte im politischen Handeln vieler Staaten eine tragende Rolle spielen.

Vollkommen unklar ist die Zukunft von Schottland und Nordirland in der neuen Konstellation. Während viele politische Akteure einen Austritt Schottlands aus dem Königreich fordern und auch Beobachter*innen dies nicht für unwahrscheinlich halten, könnte Nordirland aller Vereinbarungen im „Good-Friday-Agreement“ zum Trotz doch noch zum Austragungsort von Grenzziehungen und komplizierten Konflikten werden. Irland hingegen wird unter Umständen wirtschaftlich und innerhalb der EU politisch gestärkt aus dem Brexit hervorgehen.

Mit der Corona-Pandemie werden sich die sozialen Folgen, der in Großbritannien bereits jetzt breiten Schere zwischen Arm und Reich womöglich weiter verstärken. Ob Boris Johnson die massiven Investitionen, die nötig wären, um den ohnehin maroden Gesundheits- und Sozialsektor zu sanieren, aufbringen kann, ist schwer umstritten.

Der Brexit, auch wenn die Phase des Übergangs nun endet, wird noch lange Thema bleiben. Mit Austritt eines der Gründungsmitglieder der EU wird es wahrscheinlicher, dass andere Staaten diesem Beispiel folgen wollen, wenn sich die Folgen als hinnehmbar herausstellen. Das bedeutet auch, dass sich nicht nur Großbritannien, sondern auch die EU, wenngleich diese bei diesem Dilemma noch mit einem blauen Auge davon kommt, sich ihren Herausforderungen stellen müssen.

Von diesen und vielen anderen Themen handelt das vorliegende Brexit Info.

Johanna Bussemer ist Leiterin des Referates Europa im Zentrum für internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.



B-Day. Brüssel sagt Goodbye

Mit dem Votum zum Austritt Großbritanniens aus der EU ist eine populistische, symbolpolitische Agenda mit der komplexen Wirklichkeit kollidiert. Bei einer notwendigen Reform der Union müssen auch die Linken mitmischen. **Von Andreas Thomsen**

Brexit ist Zäsur und Menetekel, Einschnitt und Warnung. Er ist eine Zäsur für das sich bis jetzt stets erweiternde, durchaus erfolgreiche Projekt der Europäischen Union. Erstmals scheidet ein Mitglied aus der Union aus. Aber wenn am 31. Januar das Vereinigte Königreich nach 47 Jahren Mitgliedschaft die EU verlässt, dann sind die künftigen Beziehungen zwischen London und der Union noch weitgehend unregelt. Der Brexit-Vertrag ist nicht viel mehr als ein bloßer Scheidungsvertrag mit einigen Übergangsregelungen. Die künftigen Beziehungen, vor allem die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, aber auch sehr viele weitere rechtliche Regelungen, müssen bis Ende des Jahres 2020 vereinbart werden. So jedenfalls sieht es der Austrittsvertrag vor.

Das wird ein kurzes Verhandlungsjahr, die Gespräche können frühestens im März beginnen und es ist wirklich viel zu tun, wenn es dann, Ende Dezember 2020 zu einem geregelten Ende der Übergangszeit kommen soll. Fraglich ist, ob die Öffentlichkeit in dem Maße an den Verhandlungen Anteil nehmen wird, wie das in den vergangenen Monaten der Fall war, denn der – vor allem symbolisch aufgeladene – Akt des Austritts erfolgt nun am 31. Januar 2020. Brexit is done!

Mit dem erfolgreichen Referendum über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU ist eine populistische, symbolpolitische Agenda mit der komplexen Wirklichkeit kollidiert. Die Folge war ein monatelanges und teils groteskes Ringen um die Umsetzung dieses Vorhabens. Das Referendum und die Folgen kosteten die Tories unter anderem zwei Premierminister und bescherte ihnen und dem Land Boris Johnson, einen Premier, der alleine auf populistische Symbolpolitik zu setzen scheint. Schnell gerieten nach dem Referendum die zentralen und komplexen Probleme, vor die Land und Regierung nach der Entscheidung standen, aus dem Blick. Handels- und wirtschaftspolitische Fragen lassen sich nur in Ausnahmefällen und dann extrem verkürzt symbolpolitisch aufladen (wie etwa mit Trumps Strafzöllen auf Automobilimporte).

Als im Zuge der dann folgenden Diskussionen die irische Frage, also die Aussicht auf eine Zollgrenze auf der irischen Insel, aufgeworfen wurde, überlagerte sie schnell alle weiteren mit dem Brexit verbundenen Fragen. Denn es ist schwer zu leugnen, dass die irische Grenzfrage nicht nur auf der irischen Insel ein emotionales und hoch sensibles Thema ist. Darüber wird natürlich noch zu reden sein.

Für das Europäische Parlament allerdings hat der Austritt unmittelbare Folgen, denn es wird von 751 auf 705 Sitze verkleinert. Von den 74 freiwerdenden britischen Sitzen werden nur

27 neu an andere Mitgliedsstaaten verteilt. Die stärkste Schwächung werden die liberale und die Grünen-Fraktion erfahren. Vor der Neuverteilung verlieren die Grünen zunächst 11 ihrer 74 Abgeordneten, die Liberalen verlieren 17.

Die zentralen Institutionen der EU, die Kommission, der Rat, das Parlament, werden die Briten wohl kaum vermissen. Das Vereinigte Königreich war bekanntlich eines der schwierigeren Mitglieder. Stets mit mindestens einem Fuß draußen, eine eingebaute Opposition. Dabei ist aber erkennbar, dass die Kommission sich nicht nur eine handelnde EU wünscht, sondern – insofern im Einklang mit dem französischen Präsidenten – auf eine Reform der Union abzielt. Gerade erst startet die Kommission das zweijährige Projekt der EU-Zukunftskonferenzen, ein Prozess der leicht in einen neuen EU-Verfassungsprozess münden kann und vielleicht auch soll. Eine Reform der EU, aber auch der missglückten Währungsunion, ist dringend erforderlich.

Hier müssen auch die Interessen der politischen Linken liegen. Die wirtschafts- und finanzpolitische Schieflage, in der sich die Eurozone weiterhin befindet, produziert sich verschärfende Ungleichheiten innerhalb der Union. Von einer Angleichung der Lebensverhältnisse sind viele europäische Regionen weit entfernt. Hier, im Ringen um eine Reform der Union, vielleicht auch im Rahmen eines neuen Verfassungsprozesses, liegt natürlich die Aufgabe der Linken. Mittendrin im Handgemenge um eine soziale, faire und friedliche Union. Denn eine Reform der Union wird kommen und linke Kräfte, die in dieser Lage auf abstrakte Kritik setzen, auf Symbolpolitik, werden den Streit darum verlieren, da sie ihn nicht erst aufzunehmen bereit sind. Und sie werden den Vereinfachern und rechten Populisten, den Nationalisten und – sagen wir es, wie es ist – Faschisten das Heft des Handelns in die Hand legen. Denn heute sind sie es, die sich als die entscheidenden Herausforderer der abgewirtschafteten neoliberalen Ideologie präsentieren können. Das ist das Menetekel.

Brexit war und ist ein politischer Erfolg des rechten Populismus, wo aber liegen erfolgversprechende linke Gegenstrategien? Mit Recht diskutieren Linke europaweit und darüber hinaus diese Frage, ohne bislang zu überzeugenden Antworten gelangt zu sein. Dies aber ist die bedeutsamste strategische Herausforderung für die Linke, und die Lehre aus dem Brexit-Debakel.

Andreas Thomsen ist Sozialwissenschaftler und leitet das Büro Brüssel und Madrid der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die wirtschafts- und finanzpolitische Schieflage, in der sich die Eurozone weiterhin befindet, produziert sich verschärfende Ungleichheiten innerhalb der Europäischen Union.

Der Kommentar ist am 31. Januar 2020 erschienen.

„Man kann das historisch Gewachsene nicht einfach über Bord werfen“

Helmut Scholz über die Verhandlungen zwischen EU und Vereinigtem Königreich und das Festhalten an bisher erreichten Standards



Helmut Scholz ist Europaabgeordneter und Handelspolitischer Sprecher der Delegation DIE LINKE. im Europäischen Parlament. Er ist unter anderem Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel und im Ausschuss für Konstitutionelle Fragen. Mit ihm sprach **Uwe Sattler**.

In dieser Woche haben die Verhandlungen zwischen EU und London über vertragliche Grundlagen zur Ausgestaltung ihrer künftigen Partnerschaft nach dem Brexit begonnen. Beide Seiten betonten bereits im Vorfeld, dass schwierige Gespräche bevorstehen. Um welche Fragen geht es?

Ganz prinzipiell stehen beide Seiten vor einer grundlegenden Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich (UK) für die nächsten Jahre nach über 40 Jahren EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. Anders formuliert, das Beziehungsgeflecht, das sich in vielen Jahren herausgebildet hat, ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aller 28 Staaten auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen. Eine gewaltige Aufgabe und Herausforderung – reichen doch die neue Rechtsgrundlagen benötigten Fragestellungen von den vielen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten des Binnenmarktes bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik, also eigentlich alle Fragen, die den Alltag der Menschen der zumindest letzten zwei Generationen ausmachen. Im Europäischen Parlament wird daher zurecht bezweifelt, dass eine solche umfassende Neuregelung des Verhältnisses – sollen alle Interessen der Menschen auf beiden Seiten des Ärmelkanals und der Irischen See zufriedenstellend bedient werden – in den nächsten vier bis fünf Monaten gelingen kann.

Noch gilt die im Brexit-Verfahren geregelte Übergangsphase, die am 31. Dezember 2020 ausläuft – wenn nicht die britische Regierung bis Ende Juni dieses Jahres um eine Verlängerung dieser Phase ersucht. Beide Seiten betonten in den letzten Wochen, dass ihnen an einem partnerschaftlichen Miteinander gelegen ist, dass sie in vielen Fragen der Tagespolitik weiter zusammenarbeiten wollen. Wir Linke im Europäischen Parlament haben stets betont, dass es sowohl im Austrittsabkommen als auch im neuen, die partnerschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit skizzierenden Vertrag vor allem um die Wahrung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger gehen muss. Es gilt eindeutig und rechtlich verbindlich, also juristisch einklagbar zu regeln, wie gewohnte, erworbene Rechte fortgeführt werden, also z.B. soziale Fragen wie Krankenversicherungen, Renten- und Pensionsansprüche. Es geht darum, auch künftig Möglichkeiten der Weiternutzung des Erasmus plus Programms für britische junge Menschen zu schaffen, es geht um wirtschafts- und handelspolitische Kooperation, die nicht alles, was im Binnenmarkt entstanden ist, über den Haufen wirft. Wir haben viele Unternehmen, die einerseits auf dem europäischen Festland, andererseits im Vereinigten Königreich Produktionsstandorte haben; und das sind auch Arbeitsplätze im Industrie- wie im Dienstleistungssektor mit bislang gemeinsam gesetzten Standards und Regeln. Nicht zuletzt geht es auch um die Perspektiven für Fischer*innen in der EU 27 und in Großbritannien und eine vertragliche Neuregelung der bisherigen gemeinsamen Fischereipolitik mit Lösungen für beide Seiten. Es geht gerade aber auch um die Erhaltung des Friedens an der künftigen Außengrenze der EU 27 zum Vereinigten Königreich – also um die konsequente Einhaltung und Umsetzung des im Brexit-Prozess vereinbarten Irischen Protokolls mit dem Garantieren der Festlegungen des

Karfreitags-Abkommens. Das muss alles neu geregelt werden, wenn es keine Zollunion und die weitestgehende Erhaltung des sogenannten level playing field, also gleiche Wettbewerbs- und Lagebedingungen, geben sollte.

Gerade um die Zollunion gibt es aber Streit. Der britische Premier Johnson hat sich dafür ausgesprochen, zugleich aber erklärt, das Königreich wolle sich nicht an EU-Regelungen und Standards halten.

Das ist exakt die Strategie jener, die den Brexit vorangetrieben haben und die jetzt in London in der Regierung sitzen: Sie wollen nicht länger die gemeinsamen Standards und Regeln akzeptieren, die in der EU ausgearbeitet wurden. Die Botschaft lautet: Wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, wie und unter welchen Bedingungen wir unsere Wirtschaft zu organisieren haben. Und so problematisch und änderungsbedürftig das eine oder andere im sogenannten Acquis communautaire, des gemeinsamen Besitzstands, dabei auch aus unserer linken Sicht ist: Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes – insbesondere was die Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft, ihren Arbeitsplatz dort zu suchen, wo sie die günstigsten Bedingungen finden – halten wir für essenziell. Eine Zollunion kann nur funktionieren, wenn man gemeinsame Werte und Standards anerkennt. Ein freizügiger kultureller und gesellschaftlicher Austausch braucht Anerkennung gemeinsamer Werte und Zielvorstellungen. Der britischen Regierung schwebt offenbar ein Freihandelsabkommen nach Vorbild des EU-Kanada- oder EU-Australien-Abkommens vor. Aber allein das bisherige Volumen des bilateralen Waren- und Dienstleistungsaustausches übersteigt bei weitem jedes andere Außenhandelsverhältnis der EU. Machen wir uns nichts vor: Großbritannien ist für viele EU-Mitgliedstaaten einer der größten Handelspartner, auch für Deutschland. Das geht weit über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Kanada oder Australien hinaus.

Dann scheint es aber mit einem Handelsabkommen nichts zu werden.

Die EU und das Vereinigte Königreich haben ihre Mandate für die Verhandlungen erarbeitet und vorgelegt. Auch das Europaparlament hat sich mit seiner Resolution Ende Februar zu den Verhandlungen eindeutig positioniert. Klar ist für alle auf der Seite der EU-27, dass eine Absenkung der Standards nicht infrage kommt. Das heißt zugleich auch, dass man sich zum ersten Mal von höheren Standards auf andere, nicht aber niedrigere Standards einigen muss. Das Europäische Parlament bekräftigt, dass wir an einer konstruktiven weiteren Ausgestaltung der Beziehungen mit Großbritannien interessiert sind. Man kann das historisch Gewachsene nicht einfach über Bord werfen, schon gar nicht im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern. Ob die britische Seite da mitgehen wird, müssen wir abwarten.

Für die LINKE ist dabei auch festzuhalten, dass wir viele der ebenfalls zu verhandelnden Aspekte einer künftigen bilateralen Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Bereich kritisch sehen. Wir sagen Ja zu weitgehenden Verpflichtungen beider Seiten zur Umsetzung des Pariser Abkom-

Das Interview ist am 27. März 2020 erschienen.

mens zum Klimawandel, oder einer Neuorientierung entwicklungs- politischer Kriterien, aber Nein zu verstärkten Rüstungsbestrebungen und militärischer Kooperation.

Als Drohkulisse steht am Ende des Jahres immer noch die Möglichkeit eines sogenannten harten Brexits. Was würde das konkret für beide Seiten bedeuten?

Zumindest wäre ein Weiter-so ausgeschlossen. Es wäre ebenso ausgeschlossen, dass gewachsene Verknüpfungen weiter existieren könnten. Schließlich ist Großbritannien bereits seit dem 1. Februar Drittland für die Europäische Union. Gibt es bis zum Jahresende kein Abkommen – bis dahin gelten erst einmal alle Regelungen weiter –, wird die wirtschaftliche Kooperation auf die normalen WTO-Regeln zurückgesetzt und praktisch alles mit Zöllen belegt. Wenn man sich vorstellt, dass beispielsweise viele Bauteile eines Produktes über die Grenzen zwischen Vereinigtem Königreich und der EU hin und her gehen, dann wird das Endprodukt allein schon durch die Zölle deutlich teurer. Noch gefährlicher wäre es, wenn Großbritannien für sich eine Wirtschaftsperspektive als Steuer- und Umweltdumping-„Paradies“ sehen würde. Das wäre nicht nur eine klare Absage an alle bisher geschaffenen Standards, sondern auch die offene Kampfansage an die EU als Wettbewerber.

Wie wäre Deutschland davon betroffen?

Nehmen wir nur ein Beispiel, die Fischerei. Wenn es am 31. Dezember kein Abkommen gibt, wird es auch keine Fischereirechte mehr in den Hoheitsgewässern des Vereinigten Königreichs geben. Dort haben viele der Mitgliedstaaten, auch die Fischerinnen und Fischer aus Mecklenburg-Vorpom-

mern, ihre Fanggründe. Die Frage, wie das künftig geregelt wird, ist eine der komplizierten in dem gesamten „Brexit-Paket“. Es ist gleichzeitig so, dass es die britischen Fischerinnen und Fischer ebenso treffen würde. Sie hatten mehrheitlich für den Brexit gestimmt, weil sie ihre Fischgründe „zurückhaben“ wollten. Aber wo wollen sie ihren Fisch ohne Zollunion oder entsprechende Regelungen absetzen? Im EU-Gebiet? Dort könnte es dann sehr teuer werden.

Es wird auch hier wiederum für beide Seiten wichtig, dass man in ein möglichst konstruktives normales Verhältnis zueinander findet, damit nicht Arbeitsplätze verlustig gehen und Verbraucher*innenschutz und -rechte beeinträchtigt werden.

In den vergangenen Monaten ist das EU-Parlament nur indirekt in den Brexit-Prozess einbezogen worden. Wird das in diesem Jahr anders?

Ich hoffe zunächst einmal, dass es größere Transparenz über die Verhandlungen geben wird. Es gibt eine UK-Koordinierungsgruppe, der u.a. alle Fraktionsvorsitzenden angehören und zumindest für den Handelsteil der Verhandlungen wird der Ausschuss für Internationalen Handel die Verhandlungen eng begleiten. Im Zuge der Kampagnen gegen TTIP und CETA musste die Kommission immer mehr Informationen öffentlich machen. Das muss gewahrt bleiben, und das besagt auch die Positionierung des Europäischen Parlaments. Aber ich mache mir keine Illusionen: Diese Informations- und Beteiligungsrechte müssen immer wieder neu erkämpft und durchgesetzt werden, gerade auch im Zusammengehen mit der Zivilgesellschaft und den Gewerkschaften.

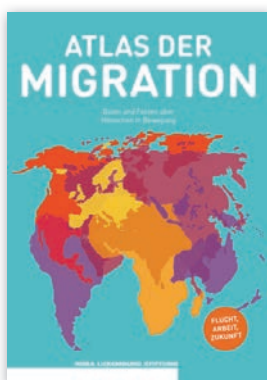
Gefährlich wäre es, wenn Großbritannien für sich eine Wirtschaftsperspektive als Steuer- und Umweltdumping-„Paradies“ sehen würde. Das wäre nicht nur eine klare Absage an alle bisher geschaffenen Standards, sondern auch die offene Kampfansage an die EU als Wettbewerber.

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AKTUELLE PUBLIKATIONEN

ATLAS DER MIGRATION
Daten und Fakten über Menschen
in Bewegung – mit Bonusmaterial und Quiz
3. Auflage, 50 Seiten, Broschur
Dezember 2020, ISSN 2193-5831

Download + Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40425  **DE**
Download + Bestellung unter:
www.rosalux.de/en/publication/id/40425  **EN**



Migration – ein umkämpftes Menschenrecht: Der Atlas der Migration möchte den Blick auf Migration sowie ihre Akteure verändern, einen politischen Wandel anstoßen und zu einer Versachlichung der Debatte auch innerhalb der europäischen linken Parteien und Bewegungen beitragen.



Wie können wir unsere Organisationen demokratischer machen? Wie können wir Inklusion in der Praxis stärker in unserem Aktivismus verankern? Wie können wir feministische Werte in unsere Arbeit und in unseren Alltag einbringen und umsetzen? Der Band bietet Einblicke in die Prozesse und Diskussionen der municipalistischen Bewegung und stellt zahlreiche praxiserprobte Werkzeuge vor, die aus der municipalistischen Erfahrung gewonnen wurden. Der Band kann auch als Toolkit verwendet werden.

Laura Roth, Irene Zugasti Hervás, Alejandra de Diego Baciero
DIE POLITIK HIER UND HEUTE FEMINISTISCHER MACHEN!

Diskussionen und Tools der municipalistischen Bewegung
192 Seiten, Broschur, Oktober 2020

 **DE** Download + Bestellung unter:
www.rosalux.eu/de/article/1810

 **EN** Download unter:
www.rosalux.eu/en/article/1586

WEITERE PUBLIKATIONEN UNTER WWW.ROSALUX.DE



Der Brexit und die Regionen: Die irische und die schottische Frage

Der Brexit könnte sich als Beschleuniger und Verstärker für eine mögliche Auflösung des Vereinigten Königreiches erweisen. Er ist jedoch nicht deren wesentliche Ursache. **Von Florian Weis**

Im Juni 2016 stimmten die Briten bei einer vergleichsweise hohen Wahlbeteiligung von 72 Prozent mit 52 Prozent für den Austritt aus der EU. Dies war im Wesentlichen ein englisches und walisisches Resultat, während in Schottland 62 und in Nordirland 56 Prozent für den Verbleib in der EU votierten. Angesichts der englischen Dominanz im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (mehr als vier Fünftel der Brit*innen leben in England) änderte das Votum dieser beiden eigenständigen Regionen nichts am britischen Gesamtergebnis. In beiden Landesteilen hat das Ausscheiden aus der EU aber längst vorhandene Tendenzen verstärkt, die auf eine schottische Unabhängigkeit bzw. eine irische Vereinigung abzielen. Insofern könnte sich langfristig der Brexit als Beschleuniger und Verstärker für eine mögliche Auflösung des Vereinigten Königreiches erweisen, er ist jedoch nicht deren wesentliche Ursache.

Wie auch Schottland und Nordirland hat Wales seit den Regierungsjahren von Tony Blair eine eigene Regionalregierung, doch unterscheidet sich die politische Situation deutlich von

der schottischen. Zwar ist auch in Wales die Unzufriedenheit mit der Zentralregierung in London gewachsen, doch führte dies weder zu einem Votum für die EU noch bisher zu einer starken Unabhängigkeitsbewegung.

Anders sieht es in Schottland aus. Neben einer relativ positiven Bezugnahme auf die EU spielen andere Faktoren eine Rolle für diese Verschiebung. Die Deindustrialisierung, der Sozialstaatsabbau und die Privatisierungspolitik unter den konservativen Regierungen Thatcher, Major und Cameron haben in Schottland besonders tiefe wirtschaftliche und soziale Spuren hinterlassen. Zwei Jahre vor dem Brexit-Votum stimmte bei einer Rekordbeteiligung von 85 Prozent eine deutliche Mehrheit (55 Prozent) für den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich. Aktuell steuert die schottische Nationalpartei (SNP) bei den Regionalwahlen im Mai 2021 auf ihren vierten Wahlsieg in Folge und eine absolute Mehrheit zu, nachdem sie bei den Unterhauswahlen 2019 bereits 45 Prozent der schottischen Stimmen und 48 von 59 schottischen Sitzen gewann. Unterstützt von den links stehenden Grünen wird sie ihren

erhofften Wahlsieg und die schottische Ablehnung des Brexit nutzen, um ein neues Referendum abzuhalten, was freilich der Zustimmung von britischer Regierung und Unterhaus bedarf. Umfragen deuten auf einen knappen Ausgang eines solchen Referendums mit einer dann größeren Chance für das Unabhängigkeitslager als 2014 hin.

Die Arroganz der Johnson-Regierung, die Unsicherheit über ein Abkommen mit der EU und die verheerende Corona-Politik Londons können den Unabhängigkeitswunsch bestärken, jedoch gibt es auch gegensätzliche Faktoren: Manche Schott*innen könnten in Zeiten so vieler Unsicherheiten nicht auch noch den nächsten Wandel in Form der Eigenstaatlichkeit riskieren wollen, denn eine vernünftige Entflechtung der seit über drei Jahrhunderten bestehenden Union von Schottland und England würde noch weit größere Herausforderungen mit sich bringen als der britische EU-Austritt. Ob sich die schottischen Hoffnungen auf einen zügigen und unkomplizierten EU-Beitritt eines dann unabhängigen Schottland erfüllen können, ist ebenfalls offen.

In Nordirland stimmten 2016 56 Prozent der Wähler*innen gegen den Brexit. Eine signifikante Minderheit von etwa einem Fünftel der Nordir*innen aus der nominell britisch-unionistischen Community stimmte für den EU-Verbleib, ebenso wie fast geschlossen die irisch-katholische Bevölkerungsgruppe. Dahinter stehen bei Angehörigen der gesellschaftlichen Mitte pragmatische Gründe, so etwa bei Wissenschaftler*innen und Geschäftsleuten, denen der reibungslose Wirtschaftsverkehr mit Irland und die Bewegungsfreiheit in der EU wichtig sind. Die Partei Sinn Féin wiederum erhofft sich nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU ein Referendum über eine irische Vereinigung und somit auch den Wiedereintritt in die EU. Der Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, der zum Austritt am 31. Januar 2020 führte, schien der besonderen Lage Nordirlands (Erhalt des komplizierten Machtgefüges und der Friedenssicherung sowie enge wirtschaftliche Verflechtungen mit Irland) Rechnung zu tragen, brachte aber von Anfang an Probleme der Abgrenzung von Nordirland zu Großbritannien mit sich. Durch einen unverantwortlichen Rechtsbruch der Johnson-Regierung wurde dies in Frage gestellt. Die an dieser Stelle richtige Hartnäckigkeit der EU und die Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten machen es der britischen Regierung schwerer, mit ihrem Rechtsbruch durchzukommen. In Nordirland trägt das Unbehagen über den Brexit zu einer politischen

Verschiebung jenseits der beiden Blöcke des britisch-unionistisch-protestantischen und irisch-nationalistisch-katholischen Lagers bei, doch hat diese zaghafte Veränderung auch andere Ursachen. Die Chancen für eine irische Vereinigung sind seit dem Referendum 2016 leicht gestiegen, doch ist diese Entwicklung weder gewiss noch vorrangig auf den Brexit zurückzuführen.

Zwei Lehren des zu einem unversöhnlichen Kulturkampf stilisierten und eskalierten Brexit-Prozesses, wofür die rabiatischen EU-Gegner*innen die Haupt-, aber keineswegs die alleinige Verantwortung tragen, sollten gezogen werden. Erstens muss es bei der jeweils unterlegenen Seite die Bereitschaft geben, ein demokratisches Votum zu akzeptieren, sie muss aber auch eingeladen, angesprochen und aktiv eingebunden werden. Einige Vertreter*innen der schottischen Unabhängigkeitsbewegung sehen diese Notwendigkeit und wollen dem in ihrer nächsten Unabhängigkeitskampagne Rechnung tragen. Denn sowohl das Brexit-Referendum 2016 als auch das schottische Unabhängigkeitsreferendum haben tiefe Risse in lokalen Communities, ja Familien hervorgebracht, die nur mühsam zu überwinden sind.

Zweitens ist es objektiv für die britische Labour Party und andere Linke schwierig, mit einer differenzierten Position in simplen Ja-Nein-Fragen, bei denen es in hohem Maße um staatliche Souveränität geht, durchzudringen. Für die Labour Party wird das mögliche neue schottische Unabhängigkeitsreferendum daher wiederum zu einer Herausforderung, bei der sie kaum gewinnen kann. Verbindende soziale und ökonomische Fragen wie die Stärkung des Sozialstaates sowie die Umkehrung von Privatisierung und Austeritätspolitik, die einen wesentlichen Kern linker Politik ausmachen, müssen in den Referendumsdebatten sichtbar werden. Auch wenn die Befürworter*innen sowohl der schottischen Unabhängigkeit als auch der irischen Vereinigung sich mehrheitlich der politischen Mitte und Linken zurechnen, bedeutet das nicht, dass ein unabhängiges Schottland und noch weniger ein vereinigtes Irland automatisch den Sozialstaat stärken, die Verheerungen des Neoliberalismus überwinden und demokratische Partizipation vergrößern werden. Dies muss erkämpft und in den jeweiligen Kampagnen zu einem wichtigen Thema gemacht werden.

Florian Weis ist Historiker und arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

*In beiden Landes-
teilen hat das
Ausscheiden aus der
EU aber längst vor-
handene Tendenzen
verstärkt, die auf
eine schottische
Unabhängigkeit bzw.
eine irische Vereini-
gung abzielen.*

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG AKTUELLE PUBLIKATIONEN

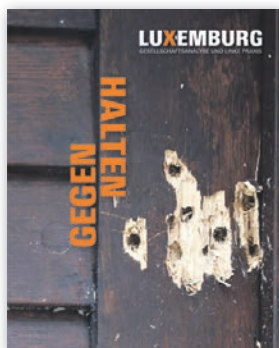
GEGENHALTEN
Zeitschrift LuXemburg 2/2020
144 Seiten, Broschur,
Dezember 2020, ISSN 1869-0424

Download + Bestellung (ab Januar 2021) unter:
www.zeitschrift-luxemburg.de/gegenhalten 

Rechter Terror und rassistische Gewalt bedrohen unser Leben, unsere Politik und die Möglichkeit einer solidarischen Gesellschaft.

Vielen vermitteln sie täglich: «Du gehörst nicht dazu.» Wo liegen die Ursachen und was

sind linke Gegenstrategien? Wie lässt sich die Frage der Sicherheit den Rechten entreißen, wie organisieren wir Selbstverteidigung und Solidarität? Kurz: Wie können wir kollektiv GEGENHALTEN?



Die EU ist ein komplexes Gefüge von Institutionen, Verfahren und Verträgen. Zugleich gibt es zahlreiche Beispiele, in denen mächtige Player dieses Gefüge einfach umgehen.

Die Auswirkungen der EU-Politik auf das Leben der Unionsbürger*innen (sowie all derer, die keinen legalen Status in der EU haben) sind allerorten zu spüren. Es braucht Informationen zu den Organen der EU, ihren Funktionsweisen und den politischen Handlungsspielräumen. Die Sammlung von «Häufig gestellten Fragen zur EU» leistet genau das.



Wenke Christoph, Anne Steckner (Hrsg.)
**HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR
EUROPÄISCHEN UNION**

Kleine kritische Institutionenkunde
76 Seiten, Broschur, April 2019, ISBN 978-3-948250-01-0

Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/40358 

WEITERE PUBLIKATIONEN UNTER WWW.ROSALUX.DE



Johnsons Strategie: Rechtsbruch

Boris Johnson ist in den Brexit-Verhandlungen in der Defensive, auch deshalb rüpelt er so laut. Sein Verhalten schadet längst dem internationalen Ansehen Großbritanniens. **Von Anna Cavazzini**

Johnson begreift Politik als Spiel. Er zockt ohne Rücksicht auf Verluste.

In den Verhandlungen um die künftigen Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich (UK) bekennt Boris Johnson Farbe. Um den Brexit nach seinem Willen über die Bühne zu bringen, scheut er auch vor einem offenen Bruch des Völkerrechts nicht zurück. Der britische Premier plant, die mit der EU im vergangenen Oktober erzielte Vereinbarung zur Durchlässigkeit der Grenze zwischen Irland und Nordirland per Gesetz auszuhebeln. Nur: So einfach ist es nicht. Die Regelung zur irisch-nordirischen Grenze ist Teil des international rechtskräftigen Austrittsvertrags, den der Premier im Vorjahr selbst mit der EU besiegelte. Rechtsbruch als Strategie. Das ist verantwortungslos.

Johnson begreift Politik als Spiel. Er zockt ohne Rücksicht auf Verluste. Jüngstes Beispiel: Nordirland. Zu den Verdiensten der EU gehört es, manchen Grenzkonflikt unter ihren Mitgliedstaaten entschärft zu haben. Der irisch-nordirische Konflikt ist dabei am heikelsten. Johnsons Idee, die Vereinbarung mit der EU zu umgehen, heißt, mit dem Frieden zu spielen. Das trifft nicht nur die irische Insel. Johnson rüttelt zugleich am Fundament der britischen Union. Schon regt sich in Schottland der Wunsch nach einem zweiten Unabhängigkeitsreferendum.

Der neue Konservatismus hat etwas beunruhigend Destruktives. Auf der konstruktiven Seite hat Johnson bislang wenig zu bieten. Von einem „Singapur an der Themse“ träumte der britische Premier als Post-Brexit-Vision, London als europäischer Freihandelshafen. Herausgekommen ist bisher wenig. Weder mit den USA noch mit Kanada hat er bislang erfolgreich verhandelt.

So war es auch mit seiner Drohung vor der jüngsten Verhandlungsrunde. Ein Abschluss bis Mitte Oktober, sonst folge ein Handelspakt zwischen Großbritannien und der EU nach Vorbild Australiens, hatte Johnson getönt. Sprich: Ein dünnes Rahmenabkommen nach den Basisregeln der Welthandelsorganisation WTO.

Die Ansage des britischen Konservativen war ein typischer Johnson: Markige Worte, null Substanz. Großbritannien hat zum 31. Januar die EU verlassen. Seit der Premier im Sommer

eine Verlängerung der Übergangsfrist über den 31. Dezember dieses Jahres hinaus abgelehnt hat, war allen Beteiligten klar: Eine Einigung muss im Oktober her, denn der Vertrag muss vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten noch ratifiziert werden. Solche Feinheiten kümmern Johnson in der Außenbearbeitung seiner Politik nicht. Ihm geht es um das Showelement und das bedeutet: Drama für die heimische Bühne.

Die irisch-nordirische Frage als Faustpfand für die Verhandlungen mit der EU einzusetzen, ist unverantwortlich. Die EU ist zu ernsthaften Verhandlungen bereit. Nur Johnson bremst durch sein Taktieren. Und auch hier stellt er sich über das Recht. Im Austrittsabkommen mit der EU hatte Johnson annähernd gleichen Wettbewerbsbedingungen zugestimmt. Dazu gehören: Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards, die die EU den europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern garantiert sowie gemeinsame Regeln für staatliche Wirtschaftsförderung. Johnson fällt in den Gesprächen mit der EU dahinter zurück. Zugang zum europäischen Binnenmarkt kann aber nur haben, wer europäische Regeln einhält. Lohn- und Sozialdumping vor den Toren Europas darf es nicht geben.

Johnson ist längst in der Defensive. Deshalb lässt seine Strategie einen No Deal fürchten – ein Abschied der Briten aus dem Binnenmarkt ohne Vertrag. Das Risiko ist leider real. Aber, wer mutwillig das Recht bricht, mit dem lässt sich nicht ernsthaft verhandeln. Dabei geht es längst um die internationale Glaubwürdigkeit Großbritanniens. Fraglich, wie lang die Briten sich das noch bieten lassen. Die EU jedenfalls zeigt ungewohnt deutlich ihre Zähne und gibt der britischen Regierung bis Ende September Zeit, um die rechtswidrigen Passagen aus dem Binnenmarktgesetz zu streichen. Und hier im Parlament sind mittlerweile alle fraktionsübergreifend auf 180 – Johnson sollte wissen, dass ein Abkommen am Ende die Zustimmung des Europaparlaments braucht. Und mit einem Dumping-Deal werden wir uns nicht zufriedengeben.

Anna Cavazzini ist Europaabgeordnete der Grünen und u.a. Mitglied im Handelsausschuss des Europaparlaments.

Der Kommentar ist am 15. September 2020 erschienen.

Was bleibt?

Jeremy Corbyn stolperte über den Brexit und Antisemitismus-Vorwürfe. Der Green New Deal und die Zusammenarbeit mit den Bewegungen aber haben Labour nachhaltig verändert. **Von Johanna Bussemer**

„Unsere Bewegung muss nun zusammenkommen, um dieser zutiefst schädlichen konservativen Regierung gegenüberzutreten und sie zu besiegen“, schrieb Jeremy Corbyn mit Blick auf die Tory-Regierung unter Premier Boris Johnson, nachdem sein vorübergehender Parteiausschluss aufgrund von Antisemitismus-Vorwürfen Mitte November aufgehoben wurde. Dass der ehemalige Vorsitzende der Labour-Partei diese jetzt nicht mehr im Parlament vertreten wird, sondern als unabhängiger Abgeordneter im britischen Unterhaus sitzt, ist der bittere Schluss einer Geschichte, die auch als die erfolgreiche Rettung einer der wichtigsten Sozialdemokratischen Parteien Europas durch eine konsequente Abkehr vom Neoliberalismus hätte enden können. Das Zitat zeigt aber auch, dass Corbyn an einer seiner großen Stärken, der Bewegungsorientierung, obwohl sie ihm in der Brexit-Frage zum Verhängnis wurde, festhält. Zusammen mit der erfolgreichen Verankerung des Green New Deal im Programm der Partei wird die tragfähige linke Konstellation aus Partei, Bewegungen und Gewerkschaften, ohne die auch der Green New Deal nicht möglich ist, vielleicht sein größtes Vermächtnis bleiben.

Klientelstreit wurde im Brexit scheinbar unlösbar

Das politische Schicksal Jeremy Corbyns ist, wie vielleicht sonst nur noch das der ehemaligen britischen Premierministerin Theresa May, mit dem Brexit verknüpft. Denn zunächst gelang es Corbyn gemeinsam mit seinem Schattenkanzler John McDonnell, in der Phase der zunehmenden EU-Gegnerschaft im Vereinigten Königreich für die Labour-Partei in den sozialen Bewegungen neue, linke, aktive Mitglieder zu mobilisieren, die auch seine Wahl zum Labour-Chef ermöglichten. Diese jungen sozialen Bewegungen, die sich insbesondere in den Organisationen „Momentum“ und The World Transformed hinter dem linken Flügel der Labour-Partei formierten und interessanterweise maßgeblich von den Gewerkschaften mitfinanziert wurden, stellten zum Ende seines Vorsitzes nicht nur einen wachsenden Teil des Personals in der Labour-Parteizentrale und prägten den Wahlkampf durch ihre stark aus den USA adaptierten Organizing-Strategien, sondern schufen durch ihre kreativen Festivals auch die Kultfigur Jeremy Corbyn, die manchmal so gar nicht zu dem oft verzagt wirkenden und manchmal mittelmäßigen Redner Corbyn passen wollte.

Jene Orientierung der Partei, die für jede linke Partei in Europa in ihren Methoden beispielhaft bleiben sollte, geriet jedoch mit der Brexit-Frage in ein Dilemma, welches zum Schluss sogar den inneren Kern von Corbyns Parteiführung, das Schattenkabinett, zerriss. Denn bei der eher jungen, teilweise akademisch geprägten, urbanen, neuen Parteimitgliedschaft überwog die paneuropäische Orientierung und insbesondere das Dafürhalten für Freizügigkeit innerhalb Europas. Dieser Position stand die eher aus dem Arbeitermilieu stammende, traditionelle Wählerklientel aus dem englischen Norden gegenüber, welche ihre schwindende ökonomische Sicherheit, bestimmt nicht ganz ohne das Zutun der britischen Regenbogenpresse, mehr und mehr der EU anhängte. Jener auch in der deutschen Linkspartei geführte Klientelstreit, der, sofern man eine kleine Oppositionspartei ist, für die Diskussion der eigenen strategischen

Ausrichtung sinnvoll, als nach außen getragener Konflikt aber überflüssig und gefährlich ist, wurde vor der Folie des Brexits durch Corbyn nicht durch eine eindeutige Richtungsentscheidung entschärft. Diese hätte vielleicht den Effekt gehabt, dass sich die eine oder andere Seite an die Argumentation gewöhnen und in ihr politisch hätte agieren können, ähnlich wie große Teile der pro-europäischen Torys, unter ihnen auch Theresa May, die Brexit-Position allmählich adaptierten und umsetzten. Die Kompromisse Corbyns und des linken Flügels wurden jedoch nicht verstanden und übersahen auch das Potential des pro-europäischen, sich selbst als „progressiv“ bezeichnenden Flügels, sich mit den in der Partei immer noch zahlreich vorhandenen neoliberal ausgerichteten Kräften zu verbinden.

Antisemitismus-Vorwurf als Folge der neuen Kräfteverhältnisse

Keir Starmer, der neue Partei-Chef, schaffte es, seinen Schlingerkurs ob seiner Zuordnung innerhalb der Strömungen bis nach seiner Wahl durchzuhalten. Die Bildung seines durchweg pro-europäischen Schattenkabinetts und auch der Parteiausschluss Corbyns aufgrund des Vorwurfs, er sei antisemitische Tendenzen in der Partei nicht konsequent begegnet – was wahrscheinlich richtig ist – und hätte selber antisemitisch agiert – was eindeutig nicht richtig ist –, zeigen, dass Starmer geschickt mit der liberal ausgerichteten Klientel seiner Partei, die weniger pro-palästinensisch ist, paktiert. Der Ausschluss ist so auch als symbolische Geste an die Mitte und den rechten Flügel der Partei zu lesen, und soll die Dominanz des linken Flügels endgültig beenden.

Die linken Bewegungen und ihre zentralen Organisationen, allen voran „Momentum“, unterziehen sich derweil einem Erneuerungsprozess. Ihr weiteres Eingreifen in die Politik der Labour-Partei ist gewiss. Bereits jetzt zeigen sich z.B. mit John McDonnells Projekt „Claim the Future“, welches in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung entsteht, Initiativen, die an die erfolgreiche Kampagnen-Arbeit für die Labour-Wahlprogramme 2017 und 2019 anknüpfen und trotzdem in enger Zusammenarbeit mit den Bewegungen entwickelt werden. Corbyn stellte jüngst auch seine neue Initiative „Peace and Justice“ vor, die im kommenden Jahr linke Bewegungen und Gewerkschaften bündeln soll.

Green New Deal als Vermächtnis

Spätestens mit dem Parteiaustritt von fünf Stadträtinnen und Stadträten aus der Labour-Partei Mitte November, den diese einerseits mit dem Umgang mit Jeremy Corbyn und andererseits mit Starmers Rechtsruck und dessen Abkehr von einem „Socialist Green New Deal“ begründeten, wurde deutlich, dass Starmer und seine Parteiführung ernsthafte Probleme bekommen, wenn sie aus taktischen Gründen von der politischen Zielrichtung der Umsetzung eines Green New Deal abrücken. Denn anders als in Bezug auf die Antisemitismus-Vorwürfe, stehen weite Teile des linken Flügels und der progressiven Kräfte in der Partei hinter dem Green New Deal. Das im Vereinigten Königreich und den USA vorangetriebene Konzept in Anlehnung an den historischen „New Deal“ der 1930iger Jahre in den USA, ►

Zusammen mit der erfolgreichen Verankerung des Green New Deal im Programm der Labour-Partei wird die tragfähige linke Konstellation aus Partei, Bewegungen und Gewerkschaften, ohne die auch der Green New Deal nicht möglich ist, vielleicht Corbyns größtes Vermächtnis bleiben.



- ▶ welches weltweit immer mehr als mögliche, schnell umsetzbare Antwort auf die klimabedingten und sozialen Krisen reüssiert, wird anders als viele andere Ansätze von Bewegungen und Gewerkschaften gleichermaßen getragen. Spätestens seit dem Parteitag 2019 in Brighton steht das Konzept auch symbolisch für einen möglichen Kompromiss zwischen Bewegungen, Partei und Gewerkschaften in Bezug auf die Klima-Frage. Die Labour-Partei wäre schlecht beraten, wenn sie von dem Konzept, welches sie maßgeblich und nur durch die gleichermaßen vorhandene Orientierung von Corbyns Führung an guten Kontakten zu Bewegungen und Gewerkschaften nach vorne gebracht hat, nun von abrücken würde. Ob sich das Momentum von 2017, als Labour bei den Wahlen unter Corbyn besonders unter den jungen Wählenden massiv Stimmen einsammelte und dadurch 33 zusätzliche Sitze im Parlament ge-

wann, unter dem neuen Vorsitzenden wiederholen lässt, bleibt bisher offen.

Die globalen Kräfteverhältnisse verschieben sich jedoch gerade wieder. Mit Joe Biden an der Spitze der USA verliert der derzeitige Premier und Parteivorsitzende der Tories, Boris Johnson, seinen besten Kumpel – Donald Trump. Biden wird eher mit der EU als mit Johnson kooperieren. Auch die Pandemie ist eher ein „Glücksfall“ für Labour. Das katastrophale Agieren der Tories zu Beginn der Krise wird sie hoffentlich Wählerstimmen kosten. Sollte jetzt ein möglicher No Deal Brexit keine Besserung bringen, sondern die großen sozialen Probleme und die massive soziale Ungleichheit im Land noch verstärken, öffnet das vielleicht dem einen oder anderen Wechselwählenden doch wieder die Augen und lässt ihn 2024 wieder die Stimme an der richtigen Stelle machen. Es bleibt spannend.

Love Corbyn – Hate Brexit

Stoffbeutelprüche, eine gespaltene Linke und das Dilemma der unvereinbaren Ansichten zur EU.

Von **Wiebke Beushausen**

Als „Momentum“, die große außerparlamentarische Organisation der Labour-Linken und seit jeher eine der wichtigsten Stützen Jeremy Corbyns, im Jahr 2018 zu ihrem alljährlichen Festival *The World Transformed* lud, brachte sie das Dilemma der Linken mehr oder weniger unfreiwillig auf den Punkt. „Love Corbyn – Hate Brexit“ war auf den T-Shirts der Aktivist*innen zu lesen. Zwischen den Zeilen stand das Verfahren an der Situation: Die Organisation war nach wie vor mehrheitlich pro-europäisch eingestellt, während der damalige Labour-Vorsitzende, ohnehin kein großer Freund der EU, längst mit der Entscheidung aus dem Referendum abgeschlossen hatte.

Tatsächlich herrschte in Partei und Bewegungen allenfalls darüber Einigkeit, dass die Niederlage bei der Wahl 2019 der Uneinigkeit in Bezug auf den Verbleib in der EU zuzuschreiben ist. Der inhaltliche Minimalkonsens reichte so weit, dass ein Brexit à la Boris Johnson, mit dem Fokus auf Abschottung des Landes und Deregulierung der Wirtschaft, zu Lasten von Migrant*innen, Beschäftigten im Niedriglohnssektor, Menschenrechten, Umwelt und Lebensmittelstandards ginge; linke Antworten darauf fallen jedoch ganz unterschiedlich aus.

Spaltung von Partei und Protagonist*innen

Die Spaltung in Leave- und Remain-Lager zieht sich durch die Labour-Partei ebenso wie durch ihre Protagonist*innen. 2016 hatte sich der überzeugte EU-Skeptiker Corbyn gegen das Referendum und für „Verbleib und Reformen“ ausgesprochen. In der Abstimmung votierten die Abgeordneten dann mehrheitlich gegen einen Austritt, in vielen Regionen aber stimmten die Wähler*innen eher dafür. Und es überrascht nicht, dass Keir Starmer's Schattenkabinett auch jetzt noch, kurz vor Fristende, unentschieden ist, ob für oder gegen den Brexit-Deal der Tories – wie auch immer der aussehen mag – gestimmt werden soll.

In der Labour-Linken ist eine Anti-EU-Position durchaus verbreitet. Im Vorfeld des Referendums wurden mit dem Brexit die Hoffnungen verbunden, die Befugnisse der EU-Institutionen und Bürokratie einzuschränken, die Konzernmacht zu beschneiden, regionale Industrien und Arbeitsplätze zu schützen und die Privatisierung zu beenden. Kurz vor der Abstimmung zeichnete sich jedoch ab, dass der Mainstream innerhalb der Partei zum Verbleib tendierte – insbesondere wegen der Komplexe Rassismus und Migration. Weder inner- noch außerhalb der Partei hatte sich eine ernstzunehmende linke Initiative für Leave formieren können, während „Momentum“ oder Organisationen wie *Another Europe is Possible* sich entweder neutral zu positionieren versuchten oder gegen einen Austritt und für eine sozialistische Reformierung der EU mobilisierten. Als das Ergebnis des Referendums dann feststand, wurde es entsprechend als Niederlage aufgefasst. Während sich nun nur noch die Frage stellte, ob ein harter oder weicher Brexit zu bevorzugen sei, wurde Corbyn vorgeworfen, er habe nicht stark genug Position für den Verbleib bezogen. Nach dem Parteibeschluss und dem parlamentarischen Ergebnis raufte man sich zusammen und akzeptierte das Ergebnis des Referendums. „Es wurde zeitweise die korrekte Position, für den Brexit zu sein. Alle schwankten hin und her. Es war sehr chaotisch“, so Deborah Hermanns von „Momentum“.

Zugleich wurden die Rufe nach einem zweiten Referendum lauter, wobei diejenigen, die das Wort ergriffen, sich damit schnell unbeliebt machten. Etwa Michael Chessum, Aktivist bei „Momentum“ und *Another Europe is Possible*. „Der Brexit hat Dämonen entfesselt, die nicht besänftigt werden können“, schrieb er im „Guardian“. Viele innerhalb der Linken konnten sich nicht damit abfinden, dass Corbyn, der immer gegen die Anti-Migrationspolitik von New Labour gekämpft hatte, nun eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit in Europa in Kauf nehmen

würde. Auch ein Lexit, wie die linke Version des Ausstiegs bald genannt wurde, bedeute hinsichtlich Migration und Nationalismus eine Bewegung nach rechts. Der Brexit bleibe ein Projekt der Konservativen, das „vor imperialer Nostalgie trieft“, so Chessum, „ein gesellschaftlicher Rückschritt“. Viele Linke würden unbedingte Gefolgschaft einfordern anstatt eine eindeutige eigene (sprich anti-Brexit) Position zu vertreten. Aus der Bewegung wurde erwidert, Chessum und andere, die sich als die echten Loyalisten gerierten, unterminierten die damalige Labour-Führung.

Die Kritik galt insbesondere „Momentum“. Die Graswurzelbewegung versuchte sich weiter an dem Spagat, zugleich den Brexit abzulehnen und Corbyn zu unterstützen. Der Versuch, das Beste aus dieser Situation zu machen, treibt in jedem Jahr seit dem Referendum schönere Blüten. 2017, bei der zweiten Ausgabe von *The World Transformed* (TWT), hatte man sich etwa den Slogan „Take back control“ angeeignet: Die Worte, mit denen im Jahr zuvor die Brexiteers für einen Austritt mobilisiert hatten, sollte die beiden Lager innerhalb der Linken versöhnen, um eine gemeinsame Diskussion über die Zukunft eines solidarischen Großbritanniens zu ermöglichen.

Rufe nach zweitem Referendum

Dass dieser Kuschelkurs die Kluft nicht schließen würde, war dann spätestens 2019, wenige Monate vor der vorgezogenen Unterhauswahl, offensichtlich. Der Stoffbeutelpruch der Stunde war nun „Labour kann den Brexit stoppen“, obwohl sich Jeremy Corbyn noch bis vor kurzem dafür ausgesprochen hatte, das Referendum anzuerkennen. Beim gleichzeitig stattfindenden Parteitag wuchs nun der Druck auf die Labour-Führung, ein zweites Referendum und den Verbleib in der EU zum offiziellen Ziel zu machen. Auch die einflussreiche Gewerkschaft Unison signalisierte ihre Bereitschaft, für diese Linie zu stimmen. Doch Corbyn wollte sich ungern festlegen und schlug vor, die Entscheidung, wie sich Labour im Falle eines zweiten Referendums verhalten werde, auf nach den Wahlen zu verschieben, um den Wahlkampf eben nicht vom Brexit-Thema dominieren zu lassen. Was machte „Momentum“? Während einer Telefonkonferenz am Montagmorgen entschied man, Corbyn zu unterstützen und ein eindeutiges Votum zum Verbleib abzulehnen. Jon Lansman, Mitbegründer und damals noch Vorsitzender der Organisation und nicht ganz unumstrittene Persönlichkeit, empörte sich über die Art der Absprache, die eine Farce gewesen sei und die vielfältigen Positionen innerhalb der Bewegung unterschlage.

An dem Dilemma der unvereinbaren Ansichten zur EU mag sich auch 2020 wenig geändert haben. Doch nach einem historisch schlechten Wahlergebnis gemeinsam am Boden zerstört, hat sich eine Brexit-Müdigkeit in den Organisationen breitgemacht – so war der Brexit beispielsweise beim diesjährigen (digitalen) TWT-Festival auch nicht explizit Teil des Programms, andere Themen sollten im Fokus stehen. „Momentum“ durchläuft einen internen Erneuerungsprozess. Als *Forward Momentum* soll endlich wieder Politik für eine sozialistische und demokratische Gesellschaft gemacht werden, die die Linke eint und nicht spaltet. Die linken Bewegungen werden eine wichtige Stimme der Labour-Partei bleiben und Keir Starmer, der Mitte und dem rechten Flügel genau auf die Finger schauen. Auch im Austausch mit den linken, progressiven Kräften auf dem Kontinent dürften sie eine wichtige Rolle für eine paneuropäische Bewegung spielen, im Kampf gegen die sozialen Ungleichheiten, die die Pandemie einmal mehr offengelegt hat, und um für transformative Konzepte (wie etwa eines *Red Green New Deal*) zu mobilisieren.

Wiebke Beushausen ist Projektmanagerin im Europa-Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

An dem Dilemma der unvereinbaren Ansichten zur EU mag sich auch 2020 wenig geändert haben. Doch nach einem historisch schlechten Wahlergebnis gemeinsam am Boden zerstört, hat sich eine Brexit-Müdigkeit in den Organisationen breitgemacht

Deal oder kein Deal? Am Ende ist es Johnson egal

Es war nicht irgendeine große Strategie, die Boris Johnson nach Brüssel mitbrachte: Seine Haltung ist eine Mischung aus wirtschaftlichem Fatalismus und geopolitischer Verwirrung. **Von Paul Mason**

Die Symbolik könnte bestechender nicht sein: Als Boris Johnson kürzlich den Justus-Lipsius-Bau der Europäischen Kommission in Brüssel betrat, um mit Ursula von der Leyen „in letzter Sekunde“ zu verhandeln, schien er verunsichert ob der Regeln sozialer Distanzierung und verwirrt über die Maskenpflicht. Die britische Presse bemerkte, dass Johnson und sein Berater David Frost auf dem abschließenden Gruppenfoto sowohl zerzaust als auch ungepflegt aussahen, während Kommissionschefin von der Leyen und ihr Chefunterhändler für den Brexit, Michel Barnier, nicht nur ordentlicher, sondern auch glücklicher wirkten. Und dieses Bild spiegelt den derzeitigen Verhandlungsstatus des Vereinigten Königreichs mit der EU.

Die EU hat ihre roten Linien gezogen und muss sie nur noch gegen die französische Fischereiindustrie durchsetzen. Johnson ist das Ergebnis im Grunde gleichgültig. Er würde aus Prestigegründen gerne das erreichen, was die Briten einen „dünnen“ Deal nennen. Also einen Deal, der die Frage der künftigen Zölle offen lässt, sollte Großbritannien von den europäischen Standards abweichen. Aber für sein Kabinett ist ein „No Deal“ keine Katastrophe. Inzwischen will eine einflussreiche rechte Minderheit unter seinen Abgeordneten genau das, ebenso wie viele der neu hinzugekommenen Wählenden der britischen Arbeiterklasse.

Darum begann Johnson Berichten zufolge, als die Gespräche kürzlich ins Stocken gerieten, das australische Volkslied „Waltzing Matilda“ zu intonieren und feierte damit die Aussicht, dass Großbritannien zu einer Beziehung mit der EU nach australischem Vorbild zurückkehren könnte. Beide Seiten erheben dabei sofortige Zölle auf bestimmte Importe.

Die Begründung für Johnsons Haltung ist eine Mischung aus wirtschaftlichem Fatalismus und geopolitischer Verwirrung.

Johnson argumentierte 2016 für den Brexit mit der Aussicht, dass das Vereinigte Königreich sich dann aus der Umklammerung der europäischen Standards bei Arbeitsrechten, Umweltvorschriften und Verbraucherstandards lösen könnte. Mit dieser Abweichungsstrategie im Hintergrund war sein Ziel, die EU von einem straffreien Ausstieg der Briten aus den gemeinsamen Standards zu überzeugen und keine gemeinsame Aufsichtsbehörde (aus „Souveränitätsgründen“) zuzulassen. In dem Maße, in dem dies gescheitert ist, muss auch er akzeptieren, dass es Zölle auf britische Exporte nach Europa geben wird. Die einzig interessante Frage, um die es jetzt noch geht, dreht sich um den Zeitpunkt. Werden diese Zölle im Voraus angekündigt (durch ein Abkommen) oder sofort ab dem 1. Januar 2021 umgesetzt?

Als Johnson 2019 an die Macht kam, rammte er einen zentralen Pflock ein: technologische Souveränität. Sein inzwischen entlassener Berater Dominic Cummings lief auf der Whitehall auf und ab und befahl seinen Leuten, Ideen für den Aufbau einer „Billionen-Dollar-Tech-Firma“ zu entwickeln, die dem Vereinigten Königreich eine Vormachtstellung gegenüber seinen Konkurrenten verschaffen würde. Dafür musste die Möglichkeit geschaffen werden, von dem EU-Verbot staatlicher Beihilfen abweichen zu können. Das ist Paradox, denn bis zu Johnsons Amtsantritt war Großbritannien der schärfste Gegner von Staatsbeihilfen, was sogar zum Niedergang der eigenen Stahlindustrie führte.

Vision eines „Globalen Britanniens“

Johnsons Außenpolitik basierte auf der Vorstellung eines „Globalen Britanniens“ – einer neomerkantilistischen Handelsmacht, die alle fünf Kontinente umfassen und Waffenverkäufe

und die Kulturindustrie als Soft Power nutzen würde, während sie gleichzeitig ein Offshore-Finanzzentrum für Europa bliebe. Diese Vision löste sich während der Covid-19-Pandemie in Luft auf. Noch nie war es so klar, dass die Weltordnung zerbricht und das 21. Jahrhundert von mächtigen Kontinenten geprägt sein wird: die Amerikas, Europa und vor allem Asien. Mit der Kommission unter Führung Ursula von der Leyens hat die Europäische Union verspätet erkannt, dass sie entweder ein Spieler in diesem Schachspiel werden muss oder ein Schachfigur wird – Großbritannien am Rande stehen lassend.

Es war also nicht irgendeine große Strategie, die Johnson nach Brüssel mitbrachte: Nicht nur die ungekämmten Haare und der zerknitterte Anzug deuteten auf die tiefe Verwirrung in der Brexit-Politik hin.

Was ein mögliches „No-Deal“-Ergebnis betrifft, hat Covid-19 auch den Wind aus den Segeln genommen – sowohl was Großbritanniens Reputation angeht als auch die Wirtschaft. Angesichts des britischen Haushaltsdefizits, das in diesem Jahr 394 Milliarden Pfund (527 Milliarden Dollar) erreichen wird (im Vergleich zu den 19 Milliarden Pfund, die vor dem Auftreten von Covid-19 prognostiziert wurden), muss Johnsons Kalkül sein, dass die wirtschaftlichen Kosten eines „No Deal“ von dem viel größeren Abschwung infolge der Pandemie und dem daraus resultierenden Schuldenberg überdeckt werden. Die London School of Economics schätzt, dass ein No-Deal-Brexit das BIP über ein Jahrzehnt um acht Prozent reduzieren könnte: Covid-19 reduzierte es um neun Prozent in nur sechs Monaten.

Rechte Kräfte formieren sich

Johnsons katastrophaler Umgang mit der Pandemie, die bereits mehr als 63.000 Briten das Leben gekostet hat, sowie sein skandalöses Verhalten beim Aufbau eines privatisierten Test- und Rückverfolgungssystems haben seinen Ruf ruiniert. Er braucht dringend etwas, um die Wähler*innen abzulenken. Zu seiner Rechten hat die Europäische Forschungsgruppe der konservativen Abgeordneten, die inzwischen 59 Mitglieder zählt, sich immer einen No-Deal-Brexit gewünscht. Für sie und ihre Unterstützer in der Partei, von denen viele einst Mitglieder der UK Independence Party (UKIP) oder der Brexit Party waren, ist das Zuschlagen der Tür beim Austritt aus der EU nur ein kleines Ziel.

Sie haben begonnen, eine breitere politische Plattform zu formen: 28 Abgeordnete unterzeichneten einen Brief, in dem sie den „Kulturmarxismus“ angreifen – ein rechtsextremer Topos, der vom Zentralrat der Juden als antisemitisch bezeichnet wurde. Dieselbe Gruppe hat enge Verbindungen zum antichinesischen republikanischen US-Senator Tom Cotton gepflegt, um China die Schuld an der Ausbreitung des Virus zu geben und zu isolieren. Sowohl in der Sprache als auch im Stil haben sie sich in Richtung von Trumps republikanischer Partei entwickelt und sehen das fortgesetzte Schüren von Kulturkriegsthemen als Mittel, um die Wählerschaft zu behalten, die während der Brexit-Krise von Labour zu ihnen übergelaufen ist.

Aus all diesen Gründen hat Johnson das Gefühl, dass er bei einem „No Deal“ politisch wenig zu verlieren hat, trotz des offensichtlichen Chaos, das er verursachen wird. Selbst jetzt, kurz vor Schluss, sind die britischen Häfen verstopft und es gibt einen Rückstau an Bestellungen. Dennoch bleibt die Unterstützung für Johnsons Regierung, zumindest in England und Wales, in den Meinungsumfragen nahe bei 40 Prozent.

Die Oppositionsparteien bleiben derweil zurückhaltend und gespalten. Labour erlitt einen katastrophalen Verlust von Sitzen

Der Großteil der Labour-Linken will nur noch, dass die Brexit-Frage verschwindet, damit die ideologischen Grenzen innerhalb der Wählerschaft, die bei der letzten Wahl auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus umgeschwenkt sind, klarer gezogen werden können.



in den ehemaligen Hochburgen, den industriellen Kerngebieten Großbritanniens. Trotz seiner EU-freundlichen Politik weiß der neue Vorsitzende Keir Starmer, dass es keine Labour-Regierung geben wird, wenn er diese Sitze nicht zurückgewinnen kann.

Daher haben alle Flügel der Partei, abgesehen von einigen eingefleischten Pro-Europäern, ausgeschlossen, den Deal abzulehnen, sollte er ins Parlament kommen. Die Labour-Abgeordneten sind gespalten zwischen dem Wunsch, sich bei einem Abkommen zu enthalten, das unter allen Umständen schlecht für die Arbeiterklasse sein wird. Auf der anderen Seite steht die Notwendigkeit, im nationalen Interesse für jedes Abkommen zu stimmen, wenn es vor Weihnachten noch zur Abstimmung ins Parlament kommt. Starmer löste diese Debatte auf, indem er erklärte, er werde für jeden Deal stimmen, in der Gewissheit, dass es eine mindestens 50-prozentige Chance gibt, dass das nicht notwendig sein wird.

Die Labour-Linke, die sich unter Jeremy Corbyn stets aus „Internationalisten“ zusammensetzte, die gegen den Brexit waren, und dem sogenannten Lexit-Flügel, der aus der orthodoxen kommunistischen Tradition stammt, ist derweil in der Europa-Frage existenziell gespalten. Sie ist auch durch das gegen Corbyn eingeleitete Disziplinarverfahren wegen des Versagens der Partei bei der Bekämpfung des Antisemitismus geschwächt. Der Großteil der Labour-Linken will nur noch, dass die Brexit-Frage verschwindet, damit die ideologischen Grenzen innerhalb der Wählerschaft, die bei der letzten Wahl auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus umgeschwenkt sind, klarer gezogen werden können.

In Schottland hingegen wird die Auflösung der Brexit-Krise sehnsüchtig erwartet. Meinungsumfragen zeigen seit der Wahl 2019 eine beständige Mehrheit für die schottische Unabhängigkeit: Bei der letzten Umfrage würden 56 Prozent der Schotten für einen Austritt aus dem Vereinigten Königreich stimmen, wenn sie ein zweites Referendum bekämen (im Vergleich zu 48 Prozent 2014).

Regierungswille derzeit ist, keine zweite Unabhängigkeitsabstimmung zuzulassen. Aber für die im Mai 2021 stattfindenden

den Wahlen zum schottischen Parlament wird weithin erwartet, dass die Mitte-Links-SNP (Scottish National Party) und die linksradikale Schottische Grüne Partei Stimmen gewinnen werden. Und zwar von den Tories und der Labour-Partei, die beide gegen die Unabhängigkeit sind. Sollte dies der Fall sein, wird die schottische Premierministerin Nicola Sturgeon dies als Auftrag für ein neues Referendum verstehen.

Da der Umgang mit Covid-19 weitgehend den vier Regierungen Großbritanniens (Schottland, England, Wales und Nordirland) überlassen wurde und Schottlands Führung weit weniger chaotisch als Johnson in England wahrgenommen wird, gibt das den Argumenten für die Unabhängigkeit zusätzliche Nahrung. Ein chaotischer No Deal, der negative Folgen für die schottische Landwirtschaft hätte, würde die Befürworter*innen weiter stärken. Da es bereits eine Zollgrenze in der Irischen See gibt, die Großbritannien von Nordirland trennt, obwohl beide Teil desselben souveränen Staates sind, ist das Argument gegen eine Zollgrenze zwischen Schottland und England eher schwach.

Während wir uns nun also dem letzten Akt dieses quälenden Dramas nähern, stellt sich heraus, dass es sich nicht um ein einzelnes Stück, sondern eher um eine Vorabendserie handelt.

In der neuen multipolaren globalen Ordnung spielen nur noch die ganz Großen eine Rolle. Ohne Trump und mit Biden, der eher Handelsabkommen mit Europa abschließt als mit einem isolierten Großbritannien, wird die Johnson-Administration – wie schon im Justus-Lipsius-Gebäude der EU erkannt – verloren aussehen. Erst 2024 werden wir wissen, ob die pro-europäische, progressive Mehrheit der britischen Wählerschaft bereit ist, ihre Differenzen beiseite zu legen und eine Regierung zu bilden. Zu diesem Zeitpunkt könnte Schottland allerdings bereits auf dem Weg aus dem Vereinigten Königreich hinaus sein – zurück in den Europäischen Binnenmarkt.

Paul Mason ist ein britischer Journalist und Filmmacher. Sein neuestes Buch „Klare, lichte Zukunft. Eine radikale Verteidigung des Humanismus“ ist 2019 im Suhrkamp-Verlag erschienen.



Traum und wirtschaftliche Realitäten

Premierminister Boris Johnson verspricht der britischen Wirtschaft eine glänzende Zukunft. Doch die hochfliegenden Träume werden sich schon bald als eine Luftnummer herausstellen.

Von Tsafir Cohen

Wenn wir alle tagespolitischen Erwägungen und die komplexe Genese des Brexit auf einen harten Kern reduzieren, bleiben wir mit einer Hauptmotivation zurück, die sämtliche Befürworter*innen antreibt: Sie wollen verlorengelaubte Kontrolle über die Geschicke des eigenen Landes wiedererlangen.

An der Frage, wozu eine nach dem Brexit erstarkte nationale Souveränität dienen sollte, scheiden sich indes die Geister, was kaum verwundert, da diese Frage die gesamten Grundlagen eines Staates berühren, von der Regulierung von Lebensmittelverordnungen bis zu den großen Fragen der Demokratie. Natürlich gilt das auch für eine künftige Wirtschaftspolitik.

So erhoffen sich nicht wenige Konservative, dass eine Wiedererlangung nationaler Souveränität die Anknüpfung an ein verlorengegangenes, weltumspannendes und die Meere beherrschendes Reich ermöglicht. Rechtsliberale wiederum träumen von einem Singapur an der Themse, in dem – befreit vom Brüsseler „Regulierungswahn“ – der Finanzplatz London noch besser gedeihen kann als unter Margaret Thatcher und Tony Blair.

Es gibt auch linke Träume. Die sogenannten Lexiteers, sprich linke Brexit-Befürworter*innen, verkörpern eine kleine, aber einflussreiche Denkrichtung, die auf eine lange euroskeptische Tradition innerhalb von Labour zurückgreifen kann. Sie halten die EU für nicht reformierbar und für ein Projekt, das die Interessen des arbeitenden Volkes, ausgedrückt in nationalen Wahlen und Diskursen zugunsten der herrschenden Eliten, strukturell und folglich notwendigerweise unterdrückt. Nationale Souveränität wiederzuerlangen, wird damit zur Bedingung jeder radikal linken Politik, die in soziale Infrastruktur investiert, die Macht der Mächtigen radikal beschneidet oder Industriepolitik links durchbuchstabiert.

Dass die EU mit einem Verlust an Souveränität verbunden wird – anders als in Irland, wo die EU als Vehikel zur Erlangung von Unabhängigkeit vom ehemaligen britischen Kolonialherren und zur wirtschaftlichen Blüte wahrgenommen wird, – hat vielfältige historische Wurzeln. An dieser Stelle sind jedoch drei Eigenarten des politischen Systems im Vereinigten Königreich von Bedeutung: Im Land gilt das reine Mehrheitswahlrecht, es wird äußerst zentralistisch regiert und dem Parlament im Westminster werden die Befugnisse einer absoluten Monarchie zugesprochen (das Konzept von Queen-in-Parliament). In der Folge sind föderale Strukturen – und damit die Idee, dass Macht auf verschiedene Ebenen verteilt ist – nicht Teil der politischen Kultur im Land.

Johnsons sich wandelnde Brexit-Visionen

„Wir sind wieder souverän. Neu gewonnene Freiheit kann Angst machen. Aber wer in die Welt hinausgezogen ist, wird trotz aller Strapazen nie wieder zurück in die Enge des Heimatdorfs zurückkehren wollen. So ist es auch mit dem Brexit, meine Freunde. Diese ersten Monate mögen hart sein. Es gibt Leute, die uns scheitern sehen wollen: diejenigen, die mit dem alten Regime gut gefahren sind, die EU selbst. Aber dies ist die Zeit für alle, die an Großbritannien glauben. Die ersten Schritte mögen hart sein, aber – glauben Sie mir – in ein paar Jahren werden wir uns fragen, warum wir jemals gezögert haben.“ So oder so ähnlich könnte Premierminister Boris Johnson zu seinen Landsleuten sprechen.

Jenseits der puren Freude an neugewonnener Freiheit bleiben die Antworten aus Regierungskreisen auf Fragen nach der konkreten Ausgestaltung recht vage, ja widersprüchlich. Zuerst hieß es, London möchte Bürokratie abbauen, Märkte deregulieren.

lieren, Steuern senken, um Wachstum zu generieren und die „überregulierte Eurozone“ abzuhängen. Die globale Abwendung von Austeritätspolitik und nicht zuletzt die Corona-Pandemie, die den ohnehin wachsenden Ruf nach einem starken Staat lauter werden ließ, machen jedoch Träume von einer zweiten goldenen neoliberalen Ära zunichte.

In der Folge spricht Johnson jetzt von der Notwendigkeit eines starken, regulierenden und intervenierenden Staates und kündigt eine Infrastruktur-Revolution an. Ein Konjunkturpaket soll Milliarden in den Ausbau von Krankenhäusern, Schulen, Wohnhäusern, Breitband und Straßen stecken. Investitionen sollen den abgehängten Regionen im Norden Englands, die im Zuge der Brexit-Debatte in großen Teilen zum ersten Mal seit Menschengedenken konservativ gewählt haben, helfen, Anschluss an den wohlhabenden Süden zu finden. Mithilfe der erstklassigen Bildungselite und des Erfindergeistes im Land sollen eine rege Industriepolitik und neue Technologien gefördert werden, etwa, indem an den Küsten wenig regulierte Freihäfen entstehen, in denen auf Weltspitzenniveau erneuerbare Energietechnologien entwickelt werden. Das Land soll zudem an seine alten, durch die EU-Mitgliedschaft erschlafte Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien anknüpfen, um das Land erneut zu einer internationalen Handelsnation zu machen.

Eintritt: Die Realität

Träume von Souveränität können reale Bedingungen nicht zum Verschwinden bringen. Der Hurra-Patriotismus von Johnson und der Zweckoptimismus seiner Regierung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Brexit auf die britische Wirtschaft vor allem negativ auswirken wird.

Nachteilig ist nicht nur die Prognose, der Verlust des privilegierten Zugangs zum EU-Binnenmarkt werde das Vereinigte Königreich mindestens zwei Prozent seines Bruttosozialprodukts kosten und die Einsparungen, die sich aus den wegfallenden Einzahlungen in die EU-Kassen ergeben, würden durch nötige nationale Subventionen für Landwirt*innen und Fischerei und den Ausbau nationaler Behörden für Umweltfragen, Medikamentenzulassung, Zoll oder Produktsicherheit aufgezehrt. Vielmehr verliert die gesamte britische Wirtschaft die Einbettung in einen größeren Wirtschaftsraum. Hier geht es mitnichten lediglich um den Handel mit der EU, Ziel von immerhin über 40 Prozent der britischen Exporte, sondern um die durch die EU enorm reduzierten regulatorischen Belastungen. Der Brexit wird die britische Autoindustrie, die auf grenzüberschreitende Lieferketten angewiesen ist, treffen, aber auch so grundlegende Fragen berühren wie die Zertifizierung von Medikamenten oder Lebensmitteln, einheitliche Statistiken und Datenbanken sowie die Niederlassungsfreiheit von Firmen.

Dass dies durch die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit den ehemaligen Kolonien und dem Rest der Welt kompensiert werden kann, ist schlicht illusorisch. So orientiert sich Australiens Wirtschaft längst an China, während für China die Vertiefung der Beziehungen mit Großbritannien infolge des Brexit längst nicht mehr prioritär ist. Insgesamt begibt sich das Vereinigte Königreich in gefährliches Fahrwasser, da im Zeitalter der Digitalisierung große Wirtschaftsräume enorm im Vorteil sind. Die EU mit ihren 450 Millionen Einwohner*innen spielt da in einer ganz anderen Liga, auf gleicher Augenhöhe mit den USA und China.

Ein gerechteres Land?

Dass der Brexit wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen könnte, schwante auch Brexit-Befürworter*innen schon früh. Wichtiger ist für sie jedoch die Hoffnung, dass die wiedergewonnene Souveränität zur Lösung tiefer struktureller Probleme des Landes beiträgt. Dazu gehört zuvörderst die Kluft zu schließen zwischen den deindustrialisierten Peripherien, vor allem in Nordengland, Wales und Nordirland, die zu den ärmsten Regionen Westeuropas zählen, und einem wohlhabenden, konsumorientierten Süden um die Metropole London, deren Zentrum die wohlhabendste Region Europas darstellt. Ebendies ver-

spricht Johnson. Die hierfür notwendigen Kapazitäten aber fehlen – Ergebnis vieler Jahre neoliberaler Politik: Die Industriebasis ist dünn, mittelständische Unternehmen, die in Deutschland das Rückgrat der Industrie darstellen, sind rar. Der Staatsapparat ist ausgemergelt und hat kein institutionelles Gedächtnis zu Fragen von Industriepolitik, ein Wort, das lange tabu war. Zudem ist der Staat hoch zentralisiert, und kaum jemand traut den Londoner Beamten zu, Industriepolitik für eine Region wie Nordengland angemessen zu planen. Das Bildungssystem bringt zwar glänzende Köpfe an kosmopolitischen Eliteuniversitäten hervor, in der Fläche sorgt es aber für eher schlecht ausgebildete Menschen, die die vielen wenig produktiven und schlecht bezahlten Stellen im Dienstleistungssektor besetzen sollen. Schließlich müsste die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Kopf gestellt werden. Bislang gilt nämlich die City of London mit ihren mitunter astronomisch vergüteten Stellen und mehr noch finanzkapitalistischen Produkten, die Kapital aus aller Welt anlocken, als das Zugpferd der britischen Wirtschaft schlechthin, das Investitionen und Steuereinnahmen sichert, den Konsum am Laufen hält und die Währung auch angesichts eines großen Handelsdefizits stabilisiert.

Die meisten Expert*innen sind sich deshalb einig, dass die von Johnson versprochene glänzende Zukunft eine Luftnummer darstellt und rechnen mit lediglich Symbolpolitik für die abgehängten Regionen sowie einer Konzentration auf ohnehin erfolgreiche Wirtschaftszweige wie regenerative Energie, Rüstung, Luftfahrt und pharmazeutische Industrie. Zugleich hoffen sie, dass dies ohne die Streichung von Sozialleistungen, höheren Steuern und Sozialabgaben vonstattengehen kann. Auch wenn dies nicht zu einer akuten Krise führt, so steht zu befürchten, dass die britische Wirtschaft langfristig unterdurchschnittlich abschneidet und von der EU abgehängt wird. Keine rosigen Aussichten.

Linke Antworten?

Die britische Linke ist noch zu sehr durch ihre Wahlniederlage und den innerparteilichen Streit um den Brexit traumatisiert, als dass sie eine klare Vision für die Post-Brexit-Ära entwickeln kann. Insgesamt oszilliert sie zwischen der Hoffnung auf eine Wiederannäherung an die EU und der Hoffnung auf eine gerechtere, sozialistische Insel.

Angesichts des miserablen Agierens einer inkompetenten Regierung und der Aussicht auf einen durch den Brexit mitverursachten wirtschaftlichen Abschwung gibt es für die Konservativen nur einen Rettungsweg, und zwar die Fortsetzung des Brexit-Kulturkrieges, der ihnen schon den Wahlsieg beschert hat. Sprich: Rettung winkt, wenn sie das Thema in eines von Patriot*innen gegen Defätist*innen verwandeln können. In diese Falle nicht hineinzuschlittern, wird die Herausforderung für den Labour-Vorsitzenden Keir Starmer sein. Er und Labours Schattenwirtschaftsminister Ed Miliband werden folglich, wie schon in der Covid-19-Krise, die konstruktiven, wirtschaftlich kompetenten Oppositionsführer geben, die den Brexit nicht infrage stellen und nicht bei jeder Fabrikschließung besserwisserisch den Zeigefinger heben, sondern die Versäumnisse und Inkompetenz der Regierung sachlich anprangern.

Starmer, Labour, respektive die Linke insgesamt müssen eine Strategie für die künftigen Beziehungen zur EU entwickeln und für die Frage, welche Kompromisse in puncto Souveränität sie einzugehen bereit sind – und welche nicht. Eine exzellente Grundlage hätten sie schon: die existierenden Manifeste von Labour, die gerechtere Steuern und Daseinsvorsorge, einen starken Staat mit starken öffentlichen Diensten, bessere Bildung für alle, die Kommunalisierung der Grundversorgung, bessere Rahmenbedingungen für Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innen fordern und auch mehr Föderalismus wagen wollen.

Tsafrir Cohen leitet das im Aufbau befindliche Regionalbüro Vereinigtes Königreich und Irland der Rosa-Luxemburg-Stiftung in London.

Der Hurra-Patriotismus von Johnson und der Zweckoptimismus seiner Regierung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Brexit auf die britische Wirtschaft vor allem negativ auswirken wird.

„Wir müssen den Mythos begraben, diese Abkommen wären für uns alle gut“

Nick Dearden über gefährdete Standards in Handelsabkommen, über Deregulierung und Liberalisierung als Leitlinien sowie das unterschiedliche Vorgehen Londons gegenüber der EU und den USA



Foto: Genevieve Stevenson

Nick Dearden ist der Direktor von „Global Justice Now“, politischer Analyst und Aktivist in der Antiglobalisierungsbewegung. Er schreibt regelmäßig für den Guardian, Al Jazeera und Open Democracy. Sein aktuelles Buch „Trade Secrets: The truth about the US trade deal and how we can stop it“ erschien diesen Sommer, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Interview führte **Wiebke Beushausen**. Übersetzung von Utku Mogultay und Lisa Jeschke für Gegensatz Translation Collective.

Die britische Regierung führte schon vor dem formalen Brexit Gespräche mit potenziellen Handelspartnern: Nachdem man die als restriktiv empfundenen EU-Standards hinter sich gelassen hatte, sollte der Fokus nun auf der Deregulierung der Märkte liegen. Was hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde und welche Gefahren ein Freihandelsabkommen mit den USA birgt, deckt Nick Dearden in seinem neuen Buch auf.

Worum geht es in „Trade Secrets“ und warum erscheint es gerade jetzt? Was sind die „Geheimnisse“?

Unsere Regierung ist entschlossen, Großbritannien auf Talfahrt zu schicken. Dafür bewegt sie sich einerseits von Europa weg – stellt dabei die EU absurderweise als eine Art wirtschaftspolitische Sowjetunion dar – und wendet sich andererseits den USA zu, wo das Big Business den Ton angibt. Darum ging es auch vielen führenden Brexit-Befürworter*innen, nämlich um die Schaffung eines stärker deregulierten, liberaleren Großbritanniens.

Ein Hauptinstrument dafür sind umfassende Handelsabkommen, die in sehr viele gesellschaftliche Felder hineinreichen. Im Grunde sind sie wie Freibriefe für die Wirtschafts- und Finanzwelt. Die staatliche Regulierung wird erschwert, während die Bewegung des Kapitals erleichtert wird. Bei Handelsabkommen geht es heute also weniger um Zölle als um das System der Handelsregulierung. Sie drehen sich um die Kontrolle und Einschränkung staatlicher Befugnisse hinsichtlich Nahrungsmittelstandards, öffentlicher Dienste, Medikamentenpreise und der Datennutzung durch Unternehmen. Das sind gewaltige Abkommen. Sie werden zwar viel weniger aufmerksam geprüft als normale Gesetze – in Großbritannien werden sie heimlich abgewickelt –, aber sie werden wie internationales Recht behandelt, was unglaublich gefährlich ist.

Mein oberstes Ziel ist es, die Leute davor zu warnen. Wenn wir uns dem nicht schicksalhaft ergeben wollen, müssen wir diesen Abkommen den Kampf ansagen, vor allem dem mit den USA.

Darüber hinaus geht es mir um ein größeres Argument, das hoffentlich auch außerhalb Großbritanniens Resonanz finden wird. Handelsvereinbarungen sind die treibende Kraft gewesen, unsere Welt in einen gigantischen Markt zu verwandeln, in dem alles, woran uns etwas liegt, als Hindernis gegenüber dem Marktwillen aufgefasst wird. Die politische Mitte und auch die linke Mitte – Labour, SPD und US-Demokraten – haben sich diesem Modell in den 1990er Jahren unterworfen, das zu tiefen Verwerfungen im Leben der Menschen geführt hat, zu Massenarbeitslosigkeit, Ungleichheit und einem möglicherweise zerstörerischen Ausmaß an CO₂-Emissionen. Ist es also verwunderlich, dass wir heute in so einer Misere stecken?

Wenn wir da rauskommen wollen, müssen wir den Mythos begraben, diese Abkommen wären für uns alle gut. Wir müssen das Regelwerk der internationalen Wirtschaft grundlegend überarbeiten, vor allem mit Blick auf den Handel.

Sie schreiben über gute regulatorische Praxis und Kooperation. In dem Zusammenhang haben Sie vor

Kurzem bei einer Diskussion die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung erwähnt. Was hat es auf sich mit diesen Begriffen und Formen der Regulierung? Heißt das, es gibt gute und schlechte Handelsabkommen?

Regulatorische Kooperation und Harmonisierung klingen zunächst einmal gut. In Handelsvereinbarungen haben diese Begriffe aber eine sehr spezielle Bedeutung, die weniger schön ist. Für das Personal in Regierungsbehörden ist es natürlich hilfreich, voneinander lernen und Best-Practice-Beispiele übernehmen zu können. Bei Handelsabkommen meint regulatorische Kooperation aber etwas anderes. Im Grunde heißt es: Regulierung hemmt den freien Waren- und Kapitalverkehr weltweit, was schlecht ist, also müssen wir sie abbauen. So wettet das US-Agrobusiness gegen die Nahrungsmittelstandards der EU (und derzeit noch Großbritanniens), da die Tierwohlstandards hier deutlich höher sind und der routinemäßige Einsatz von gefährlichen Chemikalien, GVOs (genetisch veränderten Organismen), Antibiotika, Chlor usw. nicht wie in den USA erlaubt ist. Die Agrarindustrie sieht in all dem nicht etwa demokratische Entscheidungen darüber, wie wir unser Nahrungssystem regulieren wollen, sondern lediglich protektionistische Handelsbarrieren, die es abzuschaffen gilt.

Und das ist kein einmaliger Vorgang. Bei der regulatorischen Kooperation werden Abläufe festgelegt, die die Regierungsbehörden dazu zwingen, vor der Lobby des Big Business im jeweiligen Partnerland einzuknicken. Die Unternehmen können dann gegen jegliche Form von Regulierung vorgehen, die nicht nachweislich eine „erforderliche Mindestmaßnahme“ zur Erreichung eines bestimmten Ziels ist. Sie können alles anfechten, was sie als „Diskriminierung“ (ein im Handelsjargon sehr weit gefasster Begriff) betrachten. Den Lobbyist*innen des Big Business stehen alle Türen offen, um die Verantwortlichen auch außerhalb normaler demokratischer Prozesse zu bedrängen und zu beeinflussen. So verfassen sie unsere Standards ganz unmittelbar mit.

Die Handelsabkommen bewirken also eine Abwärtsspirale, die unsere über Jahre und Jahrzehnte erkämpften Standards und Schutzmechanismen erodieren lässt.

Sehr interessant an Ihrem Buch fand ich die Beobachtung, dass Großbritannien gleichzeitig mit der EU und den USA verhandelt, aber jeweils eine ganz unterschiedliche Sprache und Strategie nutzt, was auch sehr bezeichnend für Johnsons Haltung gegenüber der EU und seine „Solidarität“ mit autoritär-populistischen Führungsfiguren ist. Können Sie etwas zum aktuellen Stand der Verhandlungen sagen und dazu, woran Sie den sprachlichen Unterschied festmachen?

Ein Alien zu Besuch auf der Erde würde sich angesichts der Rhetorik von Boris Johnson wohl fragen: „Warum führt ihr all diese Handelsgespräche überhaupt, wenn ihr eine solche Abneigung gegen euren Verhandlungspartner habt?“ Bei der Antrittsrede des Brexit-Unterhändlers – in der er die EU für so ungefähr alles verantwortlich machte, was seit der Französischen Revolution schiefgelaufen ist – fiel einem glatt die Kinnlade herunter. Der US-Regierung allerdings, die (zum



Zeitpunkt des Interviews – W.B.) von einem offensichtlich reaktionären und autoritären Tyrannen angeführt wird, rollt Johnson den roten Teppich aus. Dieses Handelsabkommen scheinen sie also wirklich zu wollen.

Und das hat auch einen Grund. Moderne Handelsabkommen drehen sich vor allem um Regulierungsfragen, und bekanntlich will die britische Regierung hier dem Beispiel der USA folgen. Daraus macht sie keinen Hehl: Johnson warb offen für „wissenschaftliche Nahrungsmittelstandards“ – was im Handelsjargon „mehr GVOs und Chemikalien“ heißt –, und seine Regierung sprach sich gegen die „grässlichen“ EU-Online-Sicherheitsstandards und die Datenschutzgrundverordnung DSGVO aus, aber für einen von Konzernen kontrollierten, freien Datenverkehr. So gesehen bedarf Großbritannien allenfalls eines sehr spärlichen Abkommens mit der EU, doch eines sehr soliden Deals mit den USA. Die wirtschaftlichen Auswirkungen werden enorm sein, doch Johnson will das Schockprogramm mit spärlichem EU-Abkommen und solidem US-Abkommen, um die britische Wirtschaft neu zu justieren.

Ein Kapitel beginnen Sie mit einem Zitat von Donald Trump: „Schauen Sie, bei einem Handelsdeal geht es um alles. Wenn es um den Handel geht, geht es um alles. Ob nun um NHS (britischer Gesundheitsdienst – W.B.) oder irgendwas anderes oder noch viel mehr als das, alles liegt auf dem Verhandlungstisch, hundertprozentig.“ Welche Teile des Abkommens sind am gefährlich-

ten für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik – besonders mit Blick auf öffentlichen Dienst oder Arbeitsrechte?

Eine Aktivistin aus den USA – ich zitiere sie auch in meinem Buch – erklärte mir, dass es nicht per se darum gehe, dass wir mehr US-Waren importieren, sondern vielmehr das amerikanische Wirtschaftssystem als solches zu übernehmen. Bei allen Handelsabkommen geht es heutzutage um Deregulierung, um die Liberalisierung des Konzernwesens. Auch bei den EU-Verenbarungen ist das so. Aber im Fall der USA riskieren wir sehr viel für ein umfassendes Abkommen mit einem Land, das deutlich stärker marktgesteuert ist als unser Land. Und ja, das ist beunruhigend. Trump goss natürlich zusätzliches Öl ins Feuer – wahrscheinlich stehen alle US-Präsidenten für die Interessen der großen Unternehmen und Pharmaindustrie, aber hier ist ein Typ, der glaubt, er gewinne nur, wenn du verlierst. Also ein Nullsummenspiel. Für ihn ist das wirklich ein Ego-Ding, genau das Abkommen zu bekommen, von dem die US-Wirtschaft profitiert. Egal, ob das für uns nun heißt, das öffentliche Gesundheitssystem auszuhöhlen, die Preise für Medikamente zu erhöhen, Ernährungsstandards zu verschlechtern oder unsere Fähigkeit einzuschränken, die großen Tech-Konzerne wie Amazon, Google usw. zu besteuern und zu regulieren. Immer wieder wurde uns gesagt, „es wird keinen Deal geben, solange sich in diesen Bereichen nichts tut“.

Wisst ihr, worum es Trump bei diesem Abkommen wirklich geht? Sein Blick auf die Welt ist geleitet von der Frage, „wo liegt die Konkurrenz und wie kann ich sie schwächen?“ Er will ►

- ▶ China schwächen, das ist klar, aber auch die EU will er schwächen. Sie sind seine Konkurrenten. Darum feiert Trump auch den Brexit. Für ihn ist er Gelegenheit, Europa wirklichen Schaden zuzufügen. Das zeigen die geleakten Dokumente aus den Handelsgesprächen. Die US-Vertreter*innen waren da sehr deutlich – wir wollen den harten Brexit, alles andere macht für uns keinen Sinn.

Welche Rolle spielen die US-Präsidentschaftswahlen im November hinsichtlich der Verhandlungen über den Handelsdeal und der Beziehungen zwischen Großbritannien, USA und EU?

Ich denke, da gibt es zwei Aspekte. Es ist noch zu früh, um etwas über die Inhalte eines möglichen US-Deals zu sagen. Der Demokrat Biden ist kein Linker, und das fürchterliche TTIP-Abkommen geht natürlich auf Obamas Konto. Im Grunde vertritt jeder US-Präsident die Interessen der amerikanischen Industrie. Da besteht also weiterhin Gefahr. Es wurde zwar berichtet, dass Biden die Berater*innen des links stehenden Demokraten Bernie Sanders bezüglich wirtschaftspolitischer Fragen konsultiert hat, aber ob das einen Unterschied gemacht hat? Wir können es nur hoffen.

Positiv ist, dass Biden Johnson wohl weniger Vertrauen schenken wird. Den Brexit sieht er eher als Hindernis, Priorität hat ein besseres Verhältnis zur EU. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass er großes Interesse hat, reihenweise Handelsvereinbarungen abzuschließen, die – wie diese – für die USA nur eine kleine Rolle spielen. Das könnte natürlich Johnsons Plänen sehr zuwiderlaufen. Angeblich bemüht sich Johnson verzweifelt um engeren Kontakt zu Bidens Team. Ich glaube nicht, dass er da viel Erfolg haben wird. Das könnte ihn unter Druck setzen und vielleicht werden wir dann sehen, wie er sich aus lauter Verzweiflung wieder mehr auf die EU zubewegt. In dieser, und auch in vieler anderer Hinsicht ist Bidens Sieg eine gute Nachricht für uns.

Bei den britischen Wahlen 2019 verkündete Labour, dass man Teile des Energie- und Wassersektors wieder in öffentlichen Besitz überführen werde. Der damalige Parteichef Jeremy Corbyn prangerte Boris Johnson auf der Grundlage geleakter Dokumente wegen des bevorstehenden Ausverkaufs des NHS an. Welche Position vertritt Labour dazu jetzt – fast ein Jahr später und unter neuer Führung?

Die neue Labour-Führung ist weiterhin gegen den Handelsdeal mit den USA, was begrüßenswert, aber auch ziemlich einfach für sie ist. Trump ist unter britischen Wähler*innen sehr unbeliebt. Aber würden sie einen ganz ähnlichen Deal mit Biden ablehnen? Das ist nicht so klar. Und lehnen sie die Grundausrichtung dieser Handelsregeln ab, die auf stetig erweiterte Liberalisierung und auf Wachstum zielen? Und die den Menschen so viele Sicherheiten genommen und sie auf Gedeih und Verderb dem Markt ausgeliefert haben?

Wenn man so tut, als ob einige der wichtigsten gesellschaftlichen Entscheidungen dem Markt überlassen werden könnten, schrieb Karl Polanyi während des Zweiten Weltkriegs, dann

wird eine Gegenbewegung entstehen. Wenn eine linke Bewegung Sicherheit, Hoffnung und Veränderung bieten würde, die Leute würden es fraglos begrüßen. Doch wenn es die Rechts-extremen sind, die das scheinbar anbieten, dann werden sie stattdessen ihnen in die Arme laufen. Die Logik, „der Markt wird es schon richten“, die den modernen Handelsregeln zugrunde liegt, ist nicht tragfähig, und sowohl die politische Mitte als auch Linke müssen sich das eingestehen. Dieses System fällt gerade zusammen. Wird dieser Kollaps zu einer stärker demokratischen und egalitären internationalen Wirtschaft führen oder zu einer autoritären Form von Politik, die auf Tyrannei, Konflikten und Kriegen beruht? Es liegt an der Linken, entschieden an Ersterem zu arbeiten, wenn wir Letzteres nicht wollen.

Was wäre die Alternative? Was sollte die Linke tun, um diese Entwicklung zu stoppen? Und welche konstruktiven Maßnahmen sollten wir ergreifen?

Am Ende meines Buches schlage ich einige sehr grundlegende Ansätze und Prinzipien dafür vor, wie eine dringend benötigte Alternative aussehen könnte. Drei Aspekte sind dabei zentral. Der erste besagt, dass Handel nicht per se schlecht ist – die Handelsregeln sind das Entscheidende. In unseren heutigen Regelwerken ist grenzenlose Liberalisierung zum Selbstzweck geworden. Das ist absurd.

Handel ist nie ein Selbstzweck. Er kann großen gesellschaftlichen Reichtum hervorbringen, aber damit wir in den Genuss davon kommen, müssen ihn Regierungen kontrollieren können, sie müssen Investoren und Konzerne besteuern und regulieren können. Wichtige Gesellschaftsbereiche – Gesundheit, Bildung, vermutlich auch Energie usw. – müssen komplett aus dem Markt herausgehalten werden. Dafür sind sie einfach zu bedeutend. Ansonsten wird zwar fraglos Wohlstand geschaffen, aber alles konzentriert sich ganz oben. Das ist die Lehre aus dem Neoliberalismus.

Beim zweiten Aspekt geht es darum, wie Handelsregeln die Welt weiterhin in Zentrum und Peripherie unterteilen, wie auch die Vertreter*innen der Dependenztheorie schon in den 1960er Jahren schrieben. Das Problem ist nicht, dass Afrika und Südamerika nicht ausreichend in das Handelssystem integriert sind, sondern nicht in der richtigen Weise. Vor allem braucht es dort einen Regionalhandel, der mit den neokolonialen Verhältnissen bricht.

Der dritte Aspekt dreht sich um das allergrößte Menschheitsproblem, den Klimawandel. Ein Handelssystem basierend auf endloser Produktion und weltweitem Transport der Produkte führt in die Katastrophe. Ich will damit nicht sagen, jedes Dorf auf der Welt sollte alles, was es braucht, selbst produzieren. Aber wir können uns auch nicht vormachen, dass andere, vor allem ärmere Menschen, alles, was wir brauchen, immer weiter produzieren können. Das wird den Planeten zerstören. Wir müssen noch viel daran arbeiten, wie die einzelnen Schritte aussehen sollen, aber in einigen Regionen braucht es eine gewissen Grad an Deglobalisierung (und in anderen vielleicht engere Kooperation und Integration), soviel steht fest.

Die Logik, „der Markt wird es schon richten“, die den modernen Handelsregeln zugrunde liegt, ist nicht tragfähig, und sowohl die politische Mitte als auch Linke müssen sich das eingestehen. Dieses System fällt gerade zusammen.



Menschenrechte beiseitegeschoben

Nach dem Brexit will London die Regelungen für Asyl und Einwanderung neu justieren – zuungunsten der Schutzsuchenden. **Von Rivkah Brown**

„Wir wissen nicht, was wir tun sollen. Wir sitzen einige hundert Meter vom Flughafen entfernt. Wir haben nichts zu essen, nichts zu trinken. Wir wissen nicht, wo wir hingehen sollen. Wir sind obdachlos und ohne Hoffnung.“ So beschrieb ein 45-jähriger syrischer Asylbewerber – einer von elf, die das britische Innenministerium im September nach Madrid abgeschoben hat – dem „Guardian“ sein Martyrium. Die Männer wurden nicht nach Syrien, sondern nach Spanien abgeschoben, weil es EU-Staaten gemäß der als Dublin III bekannten Verordnung unter bestimmten Umständen gestattet ist, Asylsuchende in das EU-Land abzuschicken, in dem ihre Fingerabdrücke zuerst dokumentiert wurden. Natürlich verfügt Großbritannien nicht mehr lange über diese Option – und das wird mit ein Grund gewesen sein, weshalb die Abschiebung der Syrer so übereilt vonstatten ging.

Wenige Wochen vor der Abschiebung der Gruppe nach Madrid hatte das Innenministerium in London eine schlechte Nachricht erhalten. Die EU-Verhandlungsführer*innen in Brüssel hatten den britischen Vorschlag abgelehnt, Dublin III auch nach dem Brexit beizubehalten; der Vorschlag sei „sehr unausgewogen“ und „nicht gut genug“ gewesen. Das war im August. Das Innenministerium hatte also noch etwas mehr als vier Monate (bis zum Ende der Übergangsperiode am 31. Dezember) Zeit, die von Dublin III gebotenen Möglichkeiten maximal auszuschöpfen – was es dann auch getan hat.

In einem kürzlich für „Novara Media“ verfassten Bericht habe ich neue Informationen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass die Zahl der Anträge auf sogenannte Dublin-Überstellungen dieses Jahr exponentiell gestiegen ist. Deutschland, „Hauptempfänger“ von Dublin-Überstellungen aus Großbritannien, erhielt allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2.015 Anträge: ein Anstieg von 154 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zwar wurde nicht all diesen Anträgen stattgegeben (Deutschland hat 2020 bislang 1.004 Anträge abgelehnt und nur 62 Überstellungen durchgeführt), doch ebenso fand ich

heraus, dass sich die Zahl der Dublin-Abschiebeflüge erhöht hat. 2020 verdreifachte sie sich, trotz des Gesundheitsrisikos, das in Pandemiezeiten mit Flugreisen einhergeht. Großbritannien drängt eindeutig darauf, vor dem Brexit noch möglichst viele Asylbewerber abzuschicken, da solche Abschiebungen nach dem Brexit deutlich schwieriger werden dürften.

Diese Eile zog schwere Verfahrensfehler nach sich, mit desaströsen Folgen für die betroffenen Asylsuchenden. So schreibt die Dublin-Verordnung beispielsweise vor, dass der abschiebende Staat für angemessene Aufnahmebedingungen im Aufnahmestaat zu sorgen hat; Asylbewerber dürfen nicht einfach in Madrid auf die Straße gesetzt werden, sondern der abschiebende Staat muss Vorkehrungen hinsichtlich Essensversorgung und Unterbringung der Asylbewerber*innen im Aufnahmestaat treffen. Expert*innen zum Thema Migration sehen in der Art und Weise, wie Großbritannien sich im Vorfeld des Brexit gegenüber den Asylsuchenden verhalten hat, kein gutes Omen für die Zukunft.

Ein zentrales politisches Versprechen der „Leave“-Kampagne – wahrscheinlich eines der wenigen, das auch gehalten werden wird – lautete: Mit der Freizügigkeit werde es bald ein Ende haben. Die Einwanderungsfeindlichkeit, die viele der 17,4 Millionen britischen Brexit-Wähler*innen motiviert haben dürfte, richtete sich allerdings weder ausschließlich, noch primär gegen Migrant*innen aus der EU: Das berühmte Ukip-Plakat, auf dem Parteichef Nigel Farage vor einer Schlange von Migrant*innen posiert, zeigt nicht-weiße, vermutlich nicht-europäische Migrant*innen bei der Überquerung der kroatisch-slowenischen Grenze.

Weitaus mehr neoliberal eingestellte Brexiteers waren wohl weniger von stumpfer Fremdenfeindlichkeit als von zielstrebigem Pragmatismus getrieben. Dieser Kreis ist sich des wirtschaftlichen Beitrags von Einwanderer*innen aus der EU (durchschnittlich 2.300 Pfund im Jahr) klar bewusst. Ihre Rhetorik einer „Rückeroberung der Kontrolle“ (take back control) ►

Ein zentrales politisches Versprechen der „Leave“-Kampagne – wahrscheinlich eines der wenigen, das auch gehalten werden wird – lautete: Mit der Freizügigkeit werde es bald ein Ende haben.

- ▶ richtet sich gegen Großbritanniens wirtschaftlich unproduktivste Einwanderer*innen, die Asylsuchenden. Diese traumatisierten Menschen, die über keine Arbeitserlaubnis verfügen und damit auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, machen etwa sechs Prozent aller Einwanderer*innen nach Großbritannien aus. Für die neoliberalen Brexiteers sind sie das Haupthindernis auf dem Weg zu ihrem Ideal eines Post-Brexit-Großbritanniens.

Attacken auf Asylsuchende

Diese tiefe Ambivalenz – einerseits ist man von Migrant*innen abhängig, andererseits verachtet man sie – hat der Regierung bei der Entwicklung eines Post-Brexit-Einwanderungsregimes einige Schwierigkeiten bereitet. „Der allgemeine Ansatz der Tories war es, das System, das für die Regierung die größten finanziellen Vorteile bereithält, in einen Rahmen zu zwingen, der die Menschenrechte und die grundlegende Würde des Menschen so gerade noch wahrt“, so Zoe Gardner, Politikberaterin beim Joint Council for the Welfare of Immigrants (Gemeinsamer Rat für die Wohlfahrt von Immigrant*innen). Folglich stellte Innenministerin Priti Patel ein neues punktbasiertes Einwanderungssystem vor und lancierte zugleich neue verbale Attacken auf Asylsuchende, die den Ärmelkanal in kleinen Booten überqueren.

Normalerweise würde Großbritannien jetzt einige dieser Migrant*innen über den Ärmelkanal zurückschicken. Doch von Dublin III ausgeschlossen wird man wahrscheinlich versuchen, Asylbewerber in Nicht-EU-Staaten abzuschicken. „Statt sie nach Deutschland zurückzuschicken, schicken wir sie jetzt zurück in die Türkei oder nach Ägypten“, so Gardner. „Die Machtverhältnisse zwischen Großbritannien und etwa Ägypten sind extrem asymmetrisch“, so Gardner weiter. Daher dürften die bilateralen Abkommen, auf deren Grundlage man solche Abschiebungen anordnen wird, zum Vorteil Großbritanniens ausgehandelt werden, ohne auf die zukünftig in Ägypten Asylsuchenden Rücksicht zu nehmen.

Das Problem ist, dass es logistisch kompliziert und politisch kostspielig ist, die Menschen wieder loszuwerden, sobald sie sich auf britischem Boden befinden. Dies gilt insbesondere seit dem Windrush-Skandal von 2017/18, als herauskam, dass das Innenministerium die Einreisedokumente von Tausenden Menschen, die zwischen 1948 und 1973 aus der Karibik eingereist waren, zerstört hatte, was die unrechtmäßige Deportation von mindestens 83 Personen ermöglichte. Das Windrush-Trauma – mittlerweile selbst von konservativen Politiker*innen als „Schandfleck in der Geschichte unseres Landes“ bezeichnet – ist noch frisch. Ein für Anfang Dezember nach Jamaika gecharterter Deportationsflug rührte erst kürzlich an der Wunde (trotz öffentlichen Aufschreis wurde der Flug nicht ausgesetzt; allerdings wurden nur 13 Personen deportiert statt wie ursprünglich geplant 50). Nimmt man noch die steigenden Kosten von Abschiebungen hinzu – etwa 12.000 Pfund pro Person –, dann wird deutlich, weshalb sich konservative Politiker*innen schwertun, den hohen Aufwand an ökonomischem und politischen Kapital, der mit Abschiebungen einhergeht, gegenüber Kolleg*innen und Basis zu rechtfertigen.

Wie schon das Sprichwort sagt: Vorbeugen ist besser als heilen. „Es ist sehr schwierig, Menschen abzuschicken, denn sie haben Rechte, sobald sie sich im Land befinden“, so Nando Sigona, Professor für internationale Migration und Zwangsvertreibung an der Universität Birmingham. „Großbritannien wird sich wohl eher darauf verlegen, die Kapazitäten anderer Länder zur Inhaftierung und Überwachung von Asylsuchenden auszubauen, damit diese Menschen es überhaupt nie zu uns

schaffen.“ Großbritannien tut dies bereits als EU-Mitglied. Beispielsweise hat die EU dem Sudan zwischen 2015 und 2018 rund 200 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um die Grenze zu Eritrea zu sichern und damit die Migration einzudämmen. Nach dem Brexit wird Großbritannien diese Politik noch intensivieren.

Als Instrument für eine solche ausgelagerte Grenzsicherung wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Global Compact for Migration (Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration) dienen, mutmaßt Prof. Sigona. Ihm zufolge liegt dem 2018 von den meisten Staaten der Welt unterzeichneten Abkommen das Ziel zugrunde, zwischen westlichen und nicht-westlichen Staaten einen „Puffer“ zur Regulierung der Migration zu schaffen. Für die EU übernimmt die Türkei diese Pufferfunktion, auf dem amerikanischen Kontinent ist es Mexiko.

Unklar ist, wie sehr sich die Lage derjenigen verschärfen wird, die es bis nach Großbritannien schaffen und dort Asyl beantragen. Die von Theresa May während ihrer Amtszeit als Innenministerin (2012 bis 2016) verfolgte Politik einer „feindseligen Umgebung“ – die darauf abzielte, Großbritannien für Migrant*innen so unwirtlich wie möglich zu machen, in der Hoffnung, möglichst viele von ihnen zur freiwilligen Ausreise zu bewegen – hat das britische Einwanderungsregime bis an die Grenzen der Legalität gebracht. „Priti Patel hat nicht mehr viel rechtlichen Spielraum“, sagt Gardner.

Neue Einwanderungskontrollen drohen

Das wird sie nicht unbedingt aufhalten. Unsere derzeitigen Regierenden haben eine autoritäre Ader, was sich etwa an ihrem Versuch zeigt, das Parlament zu suspendieren, um die Brexit-Agenda durchzudrücken. Gardner zufolge könnten die Konservativen nach dem Brexit neue Einwanderungskontrollen einführen, selbst wenn sie erwarten, dass diese anschließend gekippt werden. Dafür gibt es einen Präzedenzfall: 2015 musste das Innenministerium die als „Detained Fast Track“ bekannte Regelung aufheben, die es zugelassen hatte, Personen, die als besonders leicht abschiebbar galten, während des ganzen Asylverfahrens zu inhaftieren – eine Praxis, die erst nach einem Jahrzehnt vom Obersten Gerichtshof für „systemisch unfair und ungerecht“ befunden wurde. „Selbst wenn wir die nun eingeführten Maßnahmen vor Gericht erfolgreich anfechten können, werden in der Zwischenzeit dennoch viele Menschen darunter leiden“, so Gardner. Noch beunruhigender ist für Gardner und ihre Mitstreiter*innen, was die Konservativen in ihrem Manifest von 2019 in Aussicht gestellt haben: eine Beschränkung der Möglichkeiten zur juristischen Anfechtung von Regierungshandlungen.

Priti Patels Fair Borders Bill – der Gesetzentwurf, der das britische Einwanderungsregime nach dem Brexit regeln soll – muss erst noch im Unterhaus verhandelt werden. Sein Inhalt dürfte jedoch keine Überraschungen bereithalten. Wirtschaftliche Erwägungen werden überwiegen, humanitäre Grundsätze wird man beiseite schieben. Nur die Frage der Legalität wird der Vorstellungskraft Grenzen setzen – und auch dann keine engen. Für die 62.000 Menschen, die in unmenschlichen Haftanstalten und überfüllten Hotels auf das Ergebnis ihres Asylanspruchs warten, und für die vielen tausend weiteren Menschen, die hoffen, in den kommenden Monaten und Jahren ihrerseits einen solchen Antrag stellen zu können, sieht die Lage noch düsterer aus als sonst.

Rivkah Brown ist die Herausgeberin von „Vashti“, einer linken jüdischen Medienplattform. Übersetzung von Max Henniger und Utku Mogultay für Gegensatz Translation Collective.

Brexit – und kein Ende

Der Deadlock in den Verhandlungen hat ein Demokratiedefizit kreiert. Das ist der schlechtestmögliche Start für das künftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU. **Von Martin Schirdewan**

Brexit. Wie es dazu kam

Der Moment im Juni 2016, in dem sich eine knappe Mehrheit der britischen Bevölkerung dafür entschieden hat, die EU zu verlassen, markiert einen Wendepunkt für die Entwicklung der EU. Erstmals entschied sich ein Mitgliedsstaat, seine Mitgliedschaft aufzugeben und künftig eigene Wege zu gehen.

Das wahlentscheidende Motiv – zumindest aus heutiger Sicht – für die ansonsten von Desinformation und heute bereits widerlegten Versprechungen geprägte nationalistische Leave-Kampagne war die Frage der Rückerlangung britischer Souveränität. Getrieben von der rechtspopulistischen UK Independence Party (UKIP) von Nigel Farage hatte sich die konservative Regierung von David Cameron darauf eingelassen, ein Referendum zum Verbleib des Vereinigten Königreichs (UK) in der EU anzusetzen und eine Wette auf die Zukunft einzugehen. Großbritannien sollte innerhalb der Union gestärkt werden, indem weitere Sonderrechte ausgehandelt würden.

Beide große Parteien, Torys und Labour, ließen ihren Repräsentanten freie Wahl dabei, ob sie die Remain-Kampagne „Britain stronger in Europe“ oder die Leave-Kampagne „Vote Leave“ unterstützen wollten. Prominentester Konservativer damals, der neben UKIP und Farage für Leave campaignte, war: der heutige Premierminister Boris Johnson.

Cameron stürzte, Theresa May kam bald nach dem Referendum ins Amt, eröffnete 2017 offiziell den Austrittsprozess und die Austrittsverhandlungen. Sie scheiterte wiederholt am Widerstand ihrer eigenen Partei bei dem Versuch, ein Austrittsabkommen im Unterhaus zu beschließen. Erneut hieß der innerparteiliche Gegenspieler Boris Johnson, unterstützt von den harten konservativen Brexiteers, die sich in der European Research Group organisieren.

Brexit. Auf die harte Tour oder abgefedert?

May trat 2019 schließlich entnervt zurück, Boris Johnson übernahm, führte bald darauf vorgezogene Neuwahlen herbei, deren Kampagne seine konservative Partei mit dem Slogan „Get Brexit done“ bestritt und mit großer Mehrheit für sich entschied. Mit solider konservativer Mehrheit ausgestattet, war es für Johnson einfach, das Austrittsabkommen im britischen Unterhaus beschließen zu lassen.

Parallel zu dem jahrelangen innerbritischen Tauziehen um die Macht auf der Insel ging es immer hoch her zwischen der britischen Regierung und den Unterhändlern der EU um Chefverhandler Michel Barnier. Hätte es keine Einigung auf ein Austrittsabkommen gegeben, hätte zum Jahresende 2019 ein harter Brexit ohne jede Übergangsregelung bzw. Anschlussregelung stattgefunden. Neben den wirtschaftlichen Konsequenzen hätte es zu unwägbaren sozialen Verwerfungen kommen können. Millionen von EU-Bürger*innen und Brit*innen, die ihren Lebensmittelpunkt auf der jeweils anderen Kanalseite haben, liefen Gefahr, von heute auf morgen ihren sozialen Status und damit ihre sozialen Ansprüche zu verlieren.

Ein Austritt des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen hätte zudem die Gefahr eines Wiederaufflammens des Bürgerkrieges in Nordirland bedeuten können, weil dies den Aufbau einer harten Grenze auf der irischen Insel mit entsprechender britischer Präsenz bedeutet hätte.

Insbesondere diese beiden Punkte hat die Linksfraktion THE LEFT im Europäischen Parlament immer wieder mit Nachdruck thematisiert, um sowohl soziale Rechte von Millionen als auch den Friedensprozess in Nordirland zu verteidigen. Erfolgreich. Diese Auseinandersetzung hat sich gelohnt. Letztlich verständigten sich die Verhandlungsteams auf ein Abkommen, das beiden Seiten Rechnung trug.

Brexit. Wie weiter?

Mit dem Inkrafttreten des Austrittsabkommens und dem offiziellen Austritt Großbritanniens aus der EU zum 1. Februar 2020 setzte die sogenannte Transitionsphase ein. Eine elfmonatige Übergangsphase, dazu gedacht, dass beide Scheidungsparteien ihren Rosenkrieg gütlich beilegen können und sich auf ihre zukünftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen verständigen.

Die EU-Kommission begann dies mit der Ankündigung, dass dieses Abkommen das erste einer neuen Generation von Fair-Trade-Abkommen sein wird. Also keines der klassischen und zu Recht kritisierten Freetrade-Abkommen, die die EU sonst mit Drittstaaten aushandelt. Anstelle dessen sollten faire Handelsbedingungen etabliert werden, die unter Wahrung hoher Standards freien Zugang zum EU-Binnenmarkt erlauben. THE LEFT streitet seit vielen Jahren für Handelsabkommen, die hohe Standards im Sozial- und Arbeitsbereich, im Umweltbereich, in Menschenrechtsfragen, beim Verbraucherschutz gewährleisten. Daran messen wir auch dieses Abkommen, sollte es denn rechtzeitig vorliegen.

Denn zwischenzeitlich sind die Streitigkeiten der ehemaligen Partner von einem Rosenkrieg in eine offene Schlammschlacht übergegangen. Nach monatelangem Stillstand bei den Verhandlungen in den entscheidenden Fragen des sogenannten Level Playing Field, also der gemeinsamen hohen Standards, der Fischereipolitik, die von hohem symbolischen Wert für die britischen Souveränitätsbestrebungen ist, und der Frage der Governance, also der zukünftigen Beilegung von Handelsstreitigkeiten, drohen sich beide Seiten mit einem No Deal.

Deshalb hat das Europäische Parlament vorsichtshalber den Weg frei gemacht für die Nothilfen und Maßnahmen im Falle eines No Deals. Das ist ein gutes Signal an die Arbeitnehmer*innen und die Betriebe, das ist ein gutes Signal für die europäische Fischerei-Industrie.

THE LEFT hat zudem vorgeschlagen, dass der Europäischen Investitionsbank (EIB) die Aufgabe übertragen wird, gezielt kleine und mittelständische Unternehmen mit einem Brexit-Fonds zu unterstützen, die von einem No Deal wirtschaftlich betroffen wären.

Die Streitigkeiten über das zukünftige Handelsabkommen wurden zusehends in der Öffentlichkeit ausgetragen. Zu Abwechslung gab es dann auch mal für Johnson ein Dinner, kredenzt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Fisch, angeblich aus britischen Hoheitsgewässern. Und während Kommission und britische Regierung stritten und stritten und stritten, geriet eine andere Institution zusehends ins Hintertreffen: das Europäische Parlament.

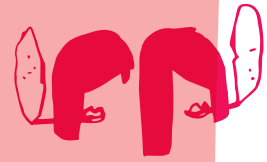
Wir Abgeordneten haben kaum Zeit mehr, einen Deal wirklich parlamentarisch gründlich zu prüfen. Wir können auch keine wirkliche demokratische Debatte darüber führen und mit der Öffentlichkeit organisieren. Aber genau das ist unser Job als Abgeordnete. Und dass wir unseren Job nicht richtig machen können im Interesse der Europäerinnen und Europäer, ist völlig inakzeptabel. Der Deadlock in den Verhandlungen hat ein Demokratiedefizit kreiert, für das allein die Verhandler Verantwortung tragen.

Das ist der schlechtestmögliche Start für eine neue Generation von Fairtrade-Abkommen. Und zugleich der schlechtestmögliche Start für das zukünftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der Europäischen Union. Von einer freundschaftlichen, partnerschaftlichen Allianz ist man derzeit mehrere „hoheitsgewässerliche“ Meilen entfernt.

Martin Schirdewan ist Europaabgeordneter der LINKEN. Er steht mit der französischen Politikerin Manon Aubry der Linksfraktion (THE LEFT) im Europäischen Parlament vor.

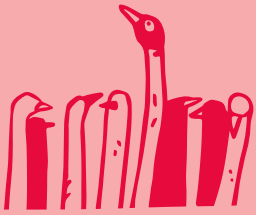
THE LEFT streitet seit vielen Jahren für Handelsabkommen, die hohe Standards im Sozial- und Arbeitsbereich, im Umweltbereich, in Menschenrechtsfragen, beim Verbraucherschutz gewährleisten. Daran messen wir auch dieses Abkommen.

Gönn den Augen mal 'ne Pause. Lass die Ohren ran!



Unter anderen Umständen ist der monatliche Podcast von Felicia Ewert und Sibel Schick. Gespräche zwischen zwei Feministinnen über politische Ereignisse, über die sie unter anderen Umständen nicht sprechen müssten. Schonungslos intersektional. Für einen Feminismus für alle.
dasnd.de/umstaende

nd DER TAG



Teller und Rand ist der Podcast zu internationaler Politik. Andreas Krämer und Rob Wessel servieren einmal im Monat aktuelle politische Ereignisse aus der ganzen Welt und tischen dabei auf, was sich abseits der medialen Aufmerksamkeit abspielt. Links, kritisch, anticolonialistisch.
dasnd.de/tellerrand

Neu beim »nd«, unsere Podcast-Formate, für alle, die viel in Bewegung sind und unterwegs oder nebenbei zu Hause Nachrichten und Themen aus linker Perspektive brauchen.

Jetzt anhören auf dasnd.de/podcasts und überall dort, wo es Podcasts gibt!



Die Rote Brause liefert dir alle wichtigen News aus der Hauptstadtregion in nur 15 Minuten. Rote Brause, deine Wochen-Meldungen aus linker Perspektive zum Hören. Jeden Freitag-nachmittag von und mit Marie Hecht.
dasnd.de/rotebrause



Dr. Schmidt erklärt die Welt. Als Universalgelehrter der Redaktion weiß der Wissenschaftsredakteur Dr. Steffen Schmidt auf fast jede Frage eine Antwort – und wenn doch nicht, beantwortet er eine andere.
dasnd.de/schmidt

nd
JOURNALISMUS
VON LINKS